

N° 69 **GESUNDHEIT & DIFFERENZ**

STIMME

VON UND FÜR MINDERHEITEN

WELTBÜRGERTUM? YES WE CAN.

Wir sind Präsident! Ich habe diese Schlagzeile zwar noch in keiner österreichischen Zeitung gelesen. Aber Barack Obamas Wahl zum Präsidenten der USA löste hier eine öffentliche Diskussion aus, die den Jubel nahe gelegt hätte. In den Medien und im Kreis vieler politischer AktivistInnen wurde das Ereignis bejubelt und man war alsbald um einen Vergleich bemüht: Wäre so etwas in Europa, vor allem bei uns möglich? Die Presse hat sogar einen als Afro-Österreicher retuschierten Heinz Fischer auf die Titelseite gesetzt. Das Gedankenspiel gipfelt, wenn auch ein wenig bescheidener, nun in der Identifikation der hiesigen „Schwarzen“: Ein Türke als Bundeskanzler?

In journalistischen Kommentaren herrscht die Meinung, dass wir davon noch meilenweit entfernt seien. Für diese prognostische Diagnose werden verschiedene Gründe angeführt: die relativ junge Geschichte der Migration in Europa, die fehlende Integration (vor allem die „Integrationsunwilligkeit“) mancher MigrantInnen, das hierzulande herrschende „Blutprinzip“ im Staatsbürgerschaftskonzept und die vielen Hürden vor der sozialen Mobilität, die vor allem mangels Wirtschaftsliberalismus existierten.

Positiveres können viele MitarbeiterInnen von NGOs, insbesondere von „Selbstorganisationen“, dem Wahlergebnis abgewinnen. Der „Obama-Effekt“ hat für sie einen nachahmungswürdigen Kern: Der designierte Präsident hat auch einen – zumindest ein bisschen – „Migrationshintergrund“. Es ist von nun an möglich, dass Angehörige von Minderheiten Staaten führen können – warum denn nicht auch bei uns? Unser Schwestermedium *Die Bunte Zeitung* hatte bereits vor den Wahlen ein Obama-Foto auf dem Cover abgedruckt, mit der Schlagzeile „Aufbruch in eine neue Zivilisation“.

Ich kann mir nicht helfen; aber die Wahl Obamas will in mir keine große Euphorie auslösen. Der Mann ist freilich ein erstklassiger Redner, er ist jung, zudem gut aussehend; seine Kampagne war von Anfang an gut angelegt; und natürlich ist er der erste Afro-Amerikaner, der Präsident

wird! Aber einmal davon abgesehen, dass nach George W. Bush jr. wohl jede Person eine gute Figur gemacht hätte – was geht mich das Ganze eigentlich an?

Nun, ich meine es etwas differenzierter; als Journalist oder politischer Beobachter interessiere ich mich natürlich für die US-Wahl. Als Bürger jedoch habe ich dazu nicht viel zu sagen. Es kommt mir übertrieben vor, das Ergebnis so aufzunehmen, als hätten „wir“ gewählt und gewonnen. Als wären die USA die lang ersehnte „Weltgesellschaft“ und wir die viel zitierten „WeltbürgerInnen“! Weltbürgertum kann aber nicht in einer Welt von Nationalstaaten entstehen. Ja, die USA sind eine Großmacht, die Supermacht, und sie bestimmen die Weltgeschichte wie kein anderer Staat. Ich will aber daraus nicht die Konsequenz ziehen, dass die einzige politische Aktion, die mir zusteht, im *Warten* bestehen soll, *Warten auf meine/n* US-Präsidenten/in. Diese Haltung wäre dann demokratisch legitimiert (wenn auch nicht politisch ausreichend), wenn wir alle, die wir von der Großmacht betroffen sind, ebendort aktives und passives Wahlrecht hätten. Oder geht es nur darum, wie der ehrwürdige Ian Buruma unlängst schrieb, dass wir „endlich wieder zu Amerika aufschauen können“? Der Kaiser ist tot, es lebe der neue Kaiser?

Zudem mutet es mich ein wenig seltsam an, wenn gerade politische AktivistInnen die Floskel „change“ so unkritisch hinnehmen. Erwarten wir die politischen Wechsel etatistisch von oben? Sind wir dann plötzlich politisch konform, wenn Personen unserer Sympathie an die Macht kommen?

Ich fürchte, dass diese verfrühte Euphorie in weltbürgerlicher Absicht nicht nur von einer verständlichen Freude über den ersten afro-amerikanischen US-Präsidenten herrührt. Sie lässt auch eine politische und politiktheoretische Trennlinie sichtbar werden: die Linie, die identitätspolitische Machtbestrebungen von der Kritik an der Macht als solcher trennt. Egal, auf wessen Seite sich diese Macht befinden mag.

Die Idee des Weltbürgertums in einer Welt der Nationen treibt aber auch merk-

würdigere Früchte. Während wir wieder zu Amerika aufschauen können, schauen manche von uns hinunter: zum „Süden“. Es handelt sich diesmal um eine eher unbescheidene Art des Schauens. Ich rede von den „Sahara-Geiseln“, die nun befreit wurden und wohlauf nach Österreich zurückgekehrt sind. Die öffentliche Diskussion um diese Causa konzentrierte sich lediglich darauf, ob und wie viel Lösegeld hierfür geflossen sei und ob die Befreiten dieses an den Staat zurückzahlen müssten.

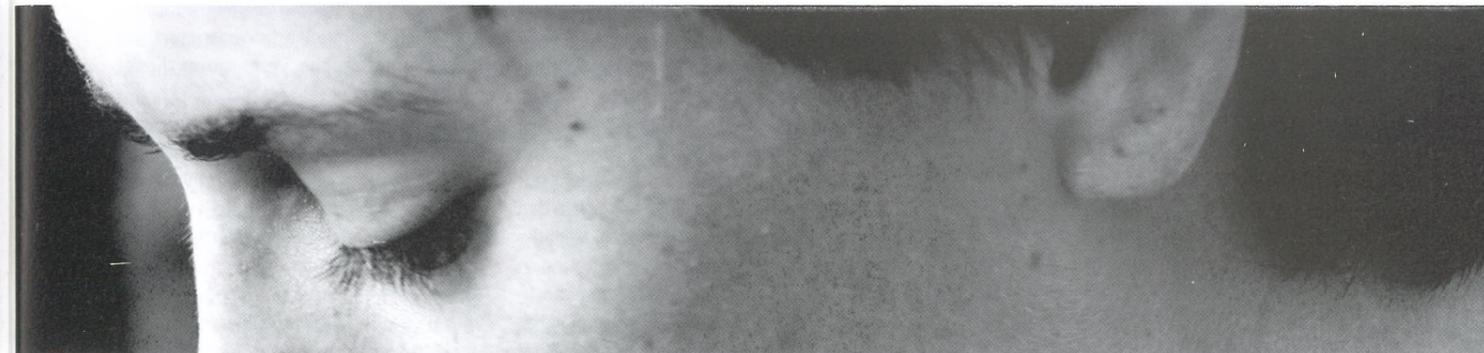
Die Leiden der beiden Geiseln seien ihnen unbenommen. Ich frage mich jedoch, wieso die Menschen im „Westen“ glauben, die ganze Welt stünde ihnen bedingungslos offen? Sie könnten überall hinfahren, egal wer unter welchen Bedingungen dort lebt. Laut *Standard* sei eines der beiden Entführungsoffer, Andrea Kloiber, „enttäuscht über die Behandlung der Frauen“ dort unten. Muss man für diese Erkenntnis entführt werden? War es Ziel ihrer Reise, die Behandlung der Frauen im Saharagebiet zu erforschen? Was zählt, ist die Befriedigung der Neugierde für das „Fremde“, das Stillen des touristisch-voyeuristischen Durstes.

„Wir“ haben ein Anrecht auf die Reise zu allen Ecken und Enden der Welt; denn die Welt gehört uns WeltbürgerInnen. Das ist allerdings eine einseitige Auffassung dieses Menschenrechts. Denn es beruht nicht auf Gegenseitigkeit. Wir wissen, dass es für einen algerischen Mann oder eine malische Frau von Rechts wegen unvergleichbar schwieriger ist, nach Europa einzureisen. Und das, obwohl (oder weil?) Europa keine „Gefahrenzone“ für diese Menschen darstellt. Doch bei so viel Gerede über Kultur machen wir uns längst keine Gedanken mehr über die Verbindung, die zwischen den Grenzen für Personen aus bestimmten Erdteilen und der Tatsache besteht, dass just diese Erdteile zu „Gefahrenzonen“ geworden sind.

Auch angesichts dieser Doppelmoral und dieser blinden Flecke im Umgang mit Menschenrechten kann ich nicht so leicht auf einen „change“ hoffen und im Brustton der Überzeugung „Yes we can!“ rufen.

Hakan Gürses

IMPRESSUM	2
SPRACHLOSIGKEIT IN DEN SPITÄLERN Banu Wimmer	4
ALLES GLEICH, ALLES ANDERS? ODER GLEICH ALLES ANDERS? Judith Hanser	6
DREI FRAGEN UND „AUF WIEDERSEHEN!“ Autorinnenkollektiv	8
TRANSKULTURELL ODER INDIVIDUELL? Dago Kogoj	10
JÖRG HAIDERS LETZTER TRIUMPH Erwin Riess	12
RETRO-WAHLKAMPF MIT RETRO-ERGEBNIS Gerd Valchars	14
SCHWEIGEN IM WALDE Franc Wakounig	15
„... SO WAR ES EIN SEHR LUSTIGER KURS“ Kathrin Brock und Andrea Kaiser-Horvath	18
AN ORT UND STELLE Vlatka Frketic	19
KURZER PROZESS IM ASYLBEREICH Gerd Valchars und Franziska Klauer	20
BRIEF AUS ISTANBUL Gerald Kurdoğlu Nitsche	22
GESCHEHEN	23
KULTUREN UND KÜNSTE	24
TIPPS	27
KAHLAUERS TAGEBUCH	30



Themenfotos: © photocase.de

THEMA: GESUNDHEIT & DIFFERENZ

In der Medizin gibt es seit einigen Jahren ernsthafte Bemühungen, (sozialen) Differenzen unter den PatientInnen Rechnung zu tragen. So wurden mit den Titeln *gender sensible* oder *interkulturelle Medizin* sowie *transkulturelle Psychiatrie* Ansätze entwickelt, wie medizinische Versorgung in Diagnostik und Therapie, aber auch in der Beziehung von ÄrztInnen und PatientInnen zielgruppenbezogen möglich ist. Im Mittelpunkt stehen die interdisziplinäre (zwischen Medizin, Kultur- und Sozialwissenschaften) und interprofessionelle (zwischen ärztlichem Personal, Pflege- und Sozialdiensten) Zusammenarbeit.

Wir hatten uns für die vorliegende Ausgabe der *STIMME* vorgenommen, verschiedene Ansätze vorzustellen und die Frage nach der „differenzsensiblen“ Medizin zu diskutieren. Doch in Gesprächen mit Experten und Expertinnen mussten wir feststellen, dass – zumindest was die österreichische Situation und die Gruppe der MigrantInnen betrifft – die elementarste Voraussetzung für eine adäquate gesundheitliche Versorgung nur in Fragmenten besteht: Die Gewährleistung der

Kommunikation zwischen Behandelnden und Behandelten. Das flächendeckende Angebot muttersprachlicher Betreuung oder eines Dolmetschendienstes ist trotz langjähriger Diskussion noch immer keine Selbstverständlichkeit.

Banu Wimmer, Soziologin und Spitaldolmetscherin erster Stunde, diskutiert in ihrem Beitrag die Auswirkungen der Wiener Diversitätspolitik auf die interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens. Diese sind überraschend nicht unbedingt positiv. Der Verein „Miteinander Lernen - Birlkte Ögrenelim“ wurde vor 25 Jahren gegründet, um MigrantInnen aus der Türkei in verschiedenen Lebensbereichen, auch in gesundheitlichen Anliegen zu unterstützen. Die Mitbegründerin Judith Hanser zieht Bilanz. Einen Einblick in ihren Alltag gewährt eine Gruppe von zugewanderten Frauen. In ihrem Gespräch erzählen sie von der Migration und ihren Strategien, gesund zu bleiben. Die Ärztin Dago Kogoj berichtet vom Kongress zur Transkulturellen Psychiatrie, der Ende September in Wien stattgefunden hat und hinterfragt den Kulturbegriff, der dieser Bewegung zugrunde liegt.

Eine Nachbetrachtung zu den Nationalratswahlen Ende September und deren Ausgang liefern unsere Autoren Erwin Riess und Gerd Valchars.

Das Schwerpunktthema der Ausgabe 68 *Erinnerung und Kontinuität* wird wie angekündigt fortgeführt. Franc Wakounig schreibt zur Gedenkkultur mit ihren zwei Gedenklinien in Kärnten/Koroška.

Ein sehr freudige Mitteilung in eigener Sache:

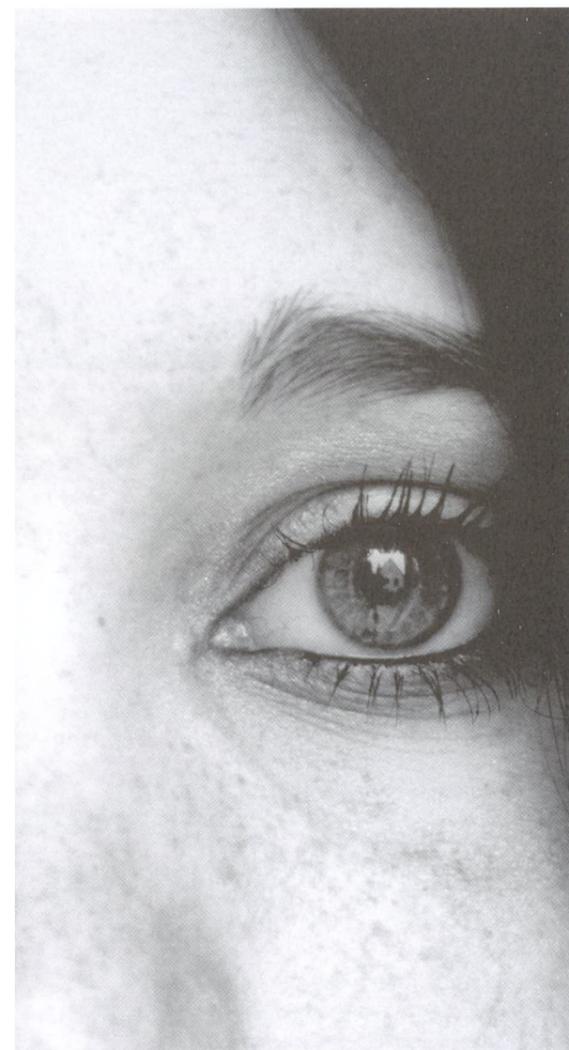
Wladimir Wakounig, Obmann der *Initiative Minderheiten*, und Hakan Gürses, langjähriger Chefredakteur der *STIMME von und für Minderheiten*, wurden in einem Festakt Anfang November in der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien mit dem Bundes-Ehrenzeichen 2008 ausgezeichnet. Sie erhielten diese Auszeichnung für hervorragende Leistungen und ehrenamtliches Engagement auf dem Gebiet des Interkulturellen Dialogs. Wir gratulieren.

Gamze Ongan Chefredakteurin

IMPRESSUM

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*). **Medieninhaber und Verleger:** Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostersgasse 6, A-6020 Innsbruck; **Herausgeber:** Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel.: 01/966 90 01, E-mail: office@initiative.minderheiten.at; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; **Redaktion:** Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel.: 01/966 90 03, Fax: 586 82 17, E-mail: stimme@initiative.minderheiten.at. **Chefredakteurin:** Gamze Ongan. **Redaktionelle Mitarbeit:** Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Philipp Schmickl, Ursula Hemetek, Michael Örtl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gerd Valchars, Anita Konrad, Isabelle Bene. **Ständige AutorInnen:** Erwin Riess, Hakan Gürses, Vlatka Frketic, Kahlauer, mh, ede, M. Fürst. **Fotoredaktion:** Salon Renate. **Zeichnungen:** Andreas Ohrenschild, Hakan Gürses, Petja Dimitrova. **Grafische Gestaltung:** schultz+schultz-Mediengestaltung. **Herstellung (Repro & Druck):** Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566. Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Aboverwaltung:** Rahel Baumgartner (Redaktionsadresse) E-mail: abo@initiative.minderheiten.at; Jahresabo (4 Hefte): € 20,- (Ausland: € 30,-) /für Vereinsmitglieder kostenlos.

Die österreichische Politik war lange Zeit von der Vorstellung geprägt, Österreich sei kein Einwanderungsland. Ein Paradigmenwechsel scheint sich mit Verspätung abzuzeichnen. Zuwanderung wird nicht mehr als vorübergehendes Phänomen betrachtet, sondern als Tatsache, auf die sich die gesellschaftlichen Institutionen einstellen müssen. Auch das Gesundheitssystem. Die Initiativen dazu stecken allerdings in den Anfängen.



Banu Wimmer
ist Soziologin und arbeitet seit 18 Jahren als Community Interpreter bzw. „Muttersprachliche Beraterin“ in Wiener Krankenanstalten.

SPRACHLOSIGKEIT IN DEN SPITÄLERN

Das Gesundheitswesen im Kontext von Migration, Integration und Diversität

Banu Wimmer

In den letzten Jahren hat der sozio-demografische Wandel, der mit zunehmender Multikulturalisierung unserer Gesellschaft einherging, sowohl in der politischen Landschaft als auch in öffentlichen Institutionen – so auch im Gesundheitsbereich – Spuren hinterlassen. Die Politik musste zur Kenntnis nehmen, dass weder das Rotationsmodell temporärer Aufenthalte für ArbeitsmigrantInnen funktioniert hatte, noch der Anwerbestopp im Jahr 1974 oder die restriktive Zuwanderungspolitik späterer Jahre. Familienzusammenführung, Flucht- und Asilmigration, aber auch die Binnenmigration aus dem EU-Raum haben die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte nachhaltig geprägt. Nicht nur die Zahl der AusländerInnen hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht, auch die Zahl der eingebürgerten ImmigrantInnen, im Land geborener Kinder von ZuwanderInnen sowie temporärer MigrantInnen hat kontinuierlich zugenommen. Der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung (sog. foreign born) liegt in Österreich jetzt schon mit 15 Prozent weit über den Werten des klassischen Einwanderungslandes USA.¹

Diese sozialen Veränderungen haben die österreichische Politik nicht unberührt gelassen. Die zunehmende Pluralisierung der Gesellschaft wurde langsam aber sicher als eine gesellschaftliche Realität anerkannt. Mittlerweile herrscht auch in der politischen Landschaft Konsens, dass eine „interkulturelle Öffnung“ der gesellschaftlichen Institutionen unumgänglich ist. Fragen des gesellschaftlichen Umgangs mit Minderheiten und eine diversitätsorientierte Integrationspolitik haben an Bedeutung zugenommen und beschäftigen Lokal- wie BundespolitikerInnen.

Projekte ohne Folgen

So wurde im Jahr 2005 unter der ÖVP – Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat eine Projektgruppe zum Thema „Interkulturelle Kompetenz im Gesundheitswesen“ eingesetzt. Das Ziel war die Erarbeitung von Maßnahmen gegen die Unzulänglichkeiten des Gesundheitssystems und die daraus resultierende Benachteiligung von MigrantInnen. Die Gesundheit stelle ein Grundrecht dar, erklärte die Ministerin,

und daher sei es die Aufgabe der Politik, den Zugang zum österreichischen Gesundheitssystem für alle in Österreich lebenden Personen zu ermöglichen. Durch die Initiative der Ministerin wurde nicht nur die Bestrebung einer Gleichstellungspolitik offenkundig, es wurden auch Problemlagen definiert, die einer interkulturellen Öffnung der Gesundheitsdienste im Wege stehen: Die gesellschaftliche Ablehnung und soziale Diskriminierung von MigrantInnen, aber auch Kommunikationsbarrieren, die die gesundheitliche Versorgung dieser Gruppen erschweren.

Obwohl die in der Projektgruppe erarbeiteten Vorschläge an die EntscheidungsträgerInnen von Gesundheitseinrichtungen zugesandt wurden, ist bis dato kaum eine Veränderung oder gar eine Verbesserung eingetreten. Die Kommunikationsproblematik im Gesundheitsbereich ist nach wie vor vorhanden und stellt für ZuwanderInnen, die sich nicht oder unzureichend in der Landessprache verständigen können, eine erhebliche und nicht zu unterschätzende Barriere in der Gesundheitsversorgung dar.

Abbau der muttersprachlichen Beratung

Die Stadt Wien hatte bereits Anfang der 1990er Jahre ein Modellprojekt initiiert und in Frauen- und Kinderabteilungen von fünf Wiener Spitälern Dolmetscherinnen – sog. *Muttersprachliche Beraterinnen* – für türkischsprachige Patientinnen eingesetzt. Dieses sinnvolle Projekt wurde jedoch nicht auf andere Sprachen ausgeweitet. Dabei hatten mehrere Studien darauf hingewiesen, dass das Dolmetschen in Wiener Sozial- und Gesundheitseinrichtungen nicht nur für Türkisch, sondern auch für alle anderen Minderheitensprachen, insbesondere für Serbisch, Kroatisch und Bosnisch, notwendig ist. Auch die mehrmals bekundete politische Absicht, für den Wiener Gesundheits- und Sozialbereich einen DolmetscherInnenpool für Minderheitensprachen aufzubauen, wurde nie umgesetzt. In den letzten Jahren scheinen gerade die Kommunikationsproblematik betreffenden Maßnahmen in eine Legitimationskrise geraten zu sein. Die Mutter-

sprachliche Beratung in den Spitälern ist im Abbau begriffen. Die Dolmetschstellen für Türkisch werden nicht mehr nachbesetzt. Maßnahmen, die in Ländern wie Schweden, Niederlande oder Großbritannien eine Selbstverständlichkeit und einen wichtigen Bestandteil der Integrationspolitik darstellen, scheinen in Österreich kaum Relevanz zu haben.

Der Grund dafür dürfte wohl in der neuen integrationspolitischen Ausrichtung Wiens liegen, die die Stadtregierung mit der Annahme der Diversitätspolitik im Jahr 2003 eingeschlagen hat. Dieser integrationspolitische Ansatz, der seine Ursprünge in der US-amerikanischen Human-Rights-Bewegung (besonders in Erfahrungen mit Affirmative Action) hat, verfolgt eine Grundhaltung, die kulturelle Vielfalt in der Bevölkerung als eine gesellschaftliche Realität und Normalität anzuerkennen. Die Stadt Wien hat erkannt, dass durch die Suburbanisierung, die Überalterung der ursprünglichen Bevölkerung sowie das Nachrücken von ZuwanderInnen in innerstädtische Gebiete nichts anderes als ein Bevölkerungswechsel stattgefunden hat. Die Stadt selbst steht vor der Aufgabe, darauf zu reagieren und zu überprüfen, inwieweit sie als Verwaltung und politische Vertretung noch für ihre Bevölkerung repräsentativ ist. Es wird akzeptiert, dass die Mehrheitsverhältnisse nicht mehr stimmen und jetzt schon ein Drittel der Bevölkerung einen Zuwanderungshintergrund hat. Tendenz steigend.

Dieser politischen Ausrichtung zufolge sollen ZuwanderInnen nicht mehr primär als Zielgruppe von speziellen Maßnahmen gesehen werden, sondern als Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt, deren repräsentativer Anteil sich auch in den Personalstrukturen der Stadt Wien widerspiegeln soll. Aus diesem Grund plant die Stadt Wien die Beschäftigungszahl von Minderheiten im Gemeindedienst zu erhöhen und sie als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft ‚sichtbar‘ zu machen.

Tücken der Diversitätspolitik

Obwohl die Stadt Wien mit ihrer Diversitätspolitik Anerkennung und Gleichstellung anstrebt und sich offen dazu bekennt, von der Integrationspolitik früherer Jahre mit ihrem Defizitdenken gegenüber MigrantInnen Abschied zu nehmen, verfolgt sie eine Politik, die genau diese Haltung fortführt.

Trotz politischer Bekundungen ist man noch weit davon entfernt, das „Repräsen-

tationsproblem“ in den Gemeindefunkturen auf Basis einer Gleichstellungspolitik zu lösen. Anstatt die Beschäftigung von ZuwanderInnen auf allen Hierarchieebenen und in beruflichen Positionen zu überprüfen und anzustreben, betonen sogar diversitätsorientierte PolitikerInnen immer wieder, wie wichtig es sei, interkulturell kompetente ZuwanderInnen vor allem in jenen Bereichen einzusetzen, in denen sie mit ‚KlientInnen‘ aus ihrer eigenen Gemeinschaft in Kontakt kommen und so „Kommunikationsprobleme“, wie auch andere kulturelle Probleme, lösen können. In diesem Zusammenhang erweist sich das kulturelle Kapital von MigrantInnen, interkulturell kompetent zu sein, als ein Bumerang-Effekt. Ihr Platz in der Gesellschaft wird auf bestimmte berufliche Positionen beschränkt und sie haben unter diesen Voraussetzungen wenig Aussicht, über diese hinaus zu kommen. Von einer Gleichstellungspolitik kann hier kaum die Rede sein. Unabhängig davon hat sich auch die Vorstellung, bilinguale und interkulturelle MitarbeiterInnen als sogenannte DolmetscherInnen einzusetzen, bisher als undurchführbar erwiesen. Ein Beispiel aus dem Wiener Gesundheitsbereich soll dies veranschaulichen:

Die Nachbarin als Dolmetscherin

Im Jahr 2001 ergriff die Wiener Gesundheitspolitik die Initiative und organisierte einen 16 Tage dauernden speziellen Trainingskurs, um bilinguales Krankenhauspersonal der Wiener Krankenanstalten auf das Dolmetschen im Krankenhaus vorzubereiten. Obwohl sich diese Initiative als sehr erfolgreich erwies und die Teilnehmerinnen weitgehende Kompetenzen und Sicherheiten beim Dolmetschen erwarben, scheiterte sie an der Umsetzung. Weder dienstrechtliche noch organisatorische Rahmenbedingungen waren vorhanden, um das Personal für Dolmetschzwecke einzusetzen. Zudem wurde die Ausbildung von der Dienstgeberseite kaum anerkannt, da das Dolmetschen im migrationspezifischen Kontext immer noch als ‚eine Sache von MigrantInnen‘ gesehen wird. Es gilt als selbstverständlich, dass ein Familienangehöriger, eine Nachbarin oder einer ‚von denen da‘ diese Aufgabe übernimmt. Doch gerade im Gesundheitsbereich, wo alle mit PatientInnen konfrontierten Berufsgruppen strengen Qualifikationskriterien unterliegen, wird in dem sehr heiklen Bereich der Kommunikation mit den PatientInnen auf die ‚natürliche Gabe der Bikulturellen‘

gesetzt. Im Gegensatz zu Wirtschaft und Politik, wo der Einsatz von professionellen DolmetscherInnen unumstritten ist, wird gerade in der Gesundheitsversorgung der Riegel „Kostenfaktor“ vorgeschoben. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit professioneller Dolmetschleistungen ist offenbar noch nicht weit gediehen, was die ablehnende Haltung der Dienstgeber der Ausbildung ihrer MitarbeiterInnen gegenüber erklärt.

Aufgrund der langen Verweigerung und somit der relativ späten Einsicht, ein Zuwanderungsland zu sein, ist die rechtliche und organisatorische Handhabung der Problematik über weite Strecken noch provisorisch. Weder verfügt Österreich über eine effektive Anti-Diskriminierungsgesetzgebung noch über feste Vorgaben, wie eine pluralistisch orientierte Diversitätspolitik umgesetzt werden soll. Die Beispiele aus dem Gesundheitsbereich zeigen, dass die Notwendigkeit einer gezielten Integrationspolitik zwar erkannt wird, aber in der Umsetzung noch auf etliche Hindernisse stößt. Vom derzeitigen politischen Krisenmanagement bis hin zu einer echten Integrationspolitik im Gesundheitswesen scheint es jedenfalls noch ein langer Weg zu sein.

Fußnote:

¹ Zwischen 1981 und 2007 ist die Zahl der ausländischen Bevölkerung von 4 auf 10 Prozent, in Wien sogar auf 19 Prozent angestiegen. Vgl. Heinz Fassmann: 2. Österr. Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006. Drava: Klagenfurt/Celovec 2007



25 Jahre Miteinander Lernen
– Birlikte Ögrenelim: ein Ort in
Ottakring, der zur psychosozialen
Gesundheit von Menschen
mit Migrationserfahrungen einen
wichtigen Beitrag leistet.

ALLES GLEICH, ALLES ANDERS? ODER: GLEICH ALLES ANDERS!

Judith Hanser

Es waren drei Frauen aus der entwicklungspolitischen, feministischen Initiative *Frauensolidarität*, die 1983 mit dem damals so genannten *Türkinnenprojekt Ottakring* begonnen haben. Wir hatten festgestellt, dass die so genannte Dritte Welt nicht irgendwo weit weg von Österreich lag. Hier in unserer Nachbarschaft lebten schon damals Menschen, die von der Ferne nach Österreich gekommen waren. Dass wir unser Projekt für Frauen aus der Türkei konzipierten, war eher Zufall. Wir hatten uns durch persönliche Beziehungen und sprachliche Ressourcen für diese Zielgruppe entschieden.

Am Beginn stand ein Nähkurs. Die Nachfrage dafür war so groß, dass innerhalb von zwei Jahren mehrere Deutsch- und Alphabetisierungskurse sowie Lernhilfe für Schulkinder entstanden. Das Projekt war kein Projekt mehr, ein Verein wurde gegründet und ein eigenes Vereinslokal bezogen.

Große Aufgaben ...

Schon sehr früh erkannten wir, dass die Frauen und Kinder, die zu uns kamen, nicht nur sehr lernbegierig waren. Sie waren auch mit vielen Problemen und Herausforderungen konfrontiert, wie im Zuge von Migrationsprozessen häufig beobachtet werden kann. Ihr allgemeines gesundheitliches Wohlbefinden war nur punktuell festzustellen. Sprachlosigkeit und geringe Orientierung in der neuen Lebenswelt stellte die Migrantinnen vor große Probleme. Also beschlossen wir, neben den Bildungsangeboten auch Beratung anzubieten. Diese umfasste alle Lebensbereiche, vom Übersetzen von amtlichen Schriftstücken über das Ausfüllen von Formularen bis zur Begleitung beim Arztbesuch und vieles mehr.

Die Gesundheit war seit Anbeginn ein großes Anliegen, nicht nur für uns sondern auch für die Frauen. Wir begleiteten unzählige Frauen zu Frauenärztinnen, diversen Ambulanzen, Spitälern und anderen Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens. Wie damals vor zwanzig Jahren mit diesen Frauen und deren Familienangehörigen umgegangen wurde und wie diskriminierend damals ein Besuch beim Arzt oder im Spital auch von der österreichische Begleitperson

erlebt wurde, wird uns Beraterinnen als gemeinsame Erfahrung der Befremdung und Benachteiligung in Erinnerung bleiben. Seither ist einiges geschehen. Zumindest haben viele neue Begrifflichkeiten im Umgang mit „Fremden“ und dem „Anderssein“ Eingang in den politischen Diskurs gefunden.

... vorläufige Antworten

Da der Zulauf in die allgemeine Beratung so groß war, versuchten wir als Verein mehr Öffentlichkeit zu erreichen, um auf die Anliegen von MigrantInnenfamilien verstärkt aufmerksam zu machen. Es folgten Taten:

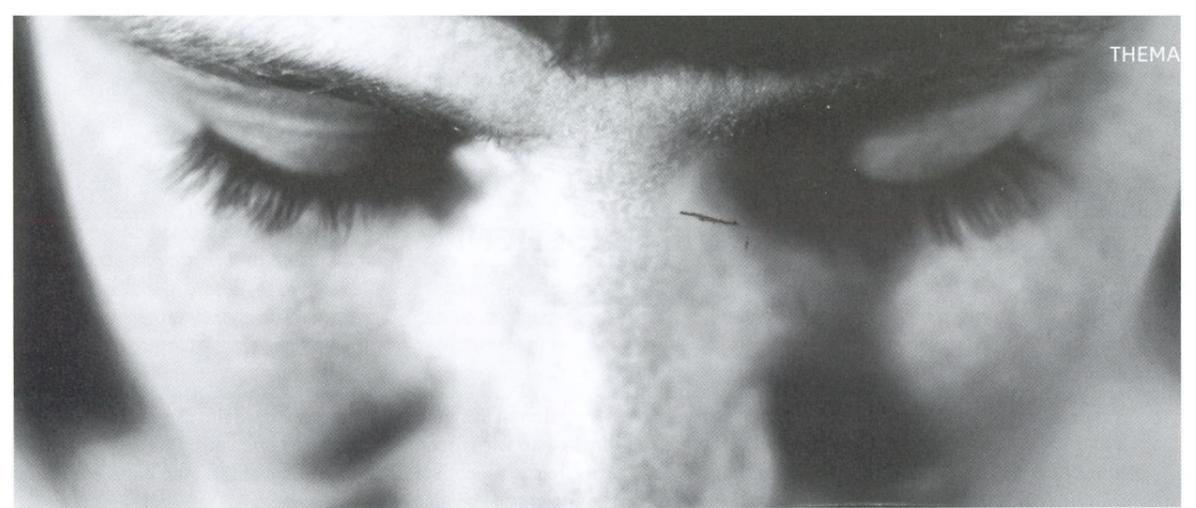
Im Kaiser-Franz-Josef-Spital in Wien organisierten wir einen Geburtsvorbereitungskurs für Türkisch sprechende Frauen. Wir vernetzten uns mit anderen Frauenvereinen, die in anderen Bezirken Wiens ebenfalls mit Migrantinnen arbeiteten. Wir versuchten das WHO-Büro *Wien Gesunde Stadt* als Partner zu gewinnen, um muttersprachliche Vermittlerinnen in den Krankenhäusern der Stadt Wien zu etablieren. Nach langen zähen Verhandlungen konnten wir erreichen, dass in sechs Krankenhäusern jeweils eine muttersprachliche Vermittlerin angestellt wurde. Wir hofften dadurch unsere zahllosen Begleitwege mit unseren Klientinnen etwas einschränken zu können.

Eine erste Studie zur Gesundheit von MigrantInnen wurde 1992 seitens der Stadt Wien in Auftrag gegeben.¹ Das erste Mal wurden Empfehlungen zur Verbesserung des Zugangs von MigrantInnen zum Gesundheitssystem gesammelt und öffentlich diskutiert.

1990 gründeten wir unser Psychotherapiezentrum als Antwort auf die vielen Klientinnen, die mit psychosozialen Problemen aber auch mit psychiatrischen Diagnosen kamen und keine adäquate Hilfe und vor allem keine muttersprachlich kompetenten Helferinnen finden konnten.

1991 konnte der Verein eine Familienberatungsstelle mit dem Schwerpunkt MigrantInnen aus der Türkei einrichten, wo seither Familien in familienrechtlichen Angelegenheiten kostenlos beraten werden.

1994 übersiedelten wir in ein größeres Vereinslokal, in die Koppstrasse im 16. Wiener Gemeindebezirk, wo wir heute noch sind.



1995 erweiterten wir unser Beratungsangebot und richteten eine Frauenservicestelle ein. Von 1997 bis 2000 führten wir im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative *Urban* ein Gesundheitsprojekt mit dem Titel „Förderung der Chancengleichheit von Migrantinnen im sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Bereich“ durch. Im Rahmen dieses Projektes konnten wir eine Gesundheitsberaterin anstellen sowie unsere Tätigkeit im Psychotherapiezentrum erweitern. 1999 erhielten wir den Gesundheitspreis der Stadt Wien.

Empfehlungen einer NGO

Heute umfasst das Psychotherapiezentrum eine Fülle von Angeboten, die eine Kombination aus nieder- und hochschwelligen Leistungen darstellen. Dies erleichtert den KlientInnen den Zugang und nimmt Rücksicht auf ihre aktuellen Bedürfnisse. Zu den niederschwelligen Angeboten zählen anonyme Beratung, offene Gesprächsgruppen und Informationsveranstaltungen. Hochschwellige Angebote sind Erziehungsberatung, Beratung im Zwangskontext sowie Psychotherapie in türkischer, englischer und deutscher Sprache.

Seit 2002 bieten wir eine so genannte Elternschule an. Türkisch sprechende Eltern können sich hier themenzentriert in Fragen der Entwicklung und Erziehung von Kindern informieren und austauschen.

Die Angebote von *Miteinander Lernen* haben sich im Austausch mit den evidenten Bedürfnissen der Menschen und der gleichzeitigen Entwicklung und Professionalisierung des Teams entwickelt. Diese prozesshafte Orientierung der angebotenen Programme betrachten wir als besondere Stärke und Ressource einer NGO, die vor Ort und mitten unter den Menschen aktiv ist. Eine besondere Stärke ist die bikulturelle und multiprofessionelle Zusammensetzung des Teams.

Obwohl in den letzten zehn Jahren im öffentlichen Gesundheitssystem der Stadt Wien viele Initiativen gesetzt wurden, sind viele Maßnahmen noch im

Pionierstadium. Noch immer harren sie der Institutionalisierung und stagnieren in einem unzureichenden Stadium. Ein Übersetzerinnenpool für fremdsprachige Patientinnen, nach dem Vorbild des ethnomedizinischen Zentrums Hannover, ist weit entfernt von einer Realisierung. Und als Psychotherapiezentrum hat *Miteinander Lernen* leider bis heute keinen Kassenvertrag mit der Krankenkasse.

Das neue Konzept von Diversität und Ressourcenoptimierung der Stadt Wien muss sich noch bewähren. Besonders im öffentlichen Gesundheitswesen gehört es nach wie vor nicht zur Normalität, dass qualifizierte Personen mit zusätzlichen kulturellen und sprachlichen Ressourcen in verantwortungsvolle Positionen bestellt werden. Die transkulturelle Psychiatrie muss noch immer hinsichtlich der Behandlung von Menschen aus anderen Kulturen und mit anderen Muttersprachen Aufklärungsarbeit leisten, um die Notwendigkeit einer adäquaten Gesundheitsversorgung zu unterstreichen. Große Organisationen könnten die aus der langjährigen Praxis resultierenden Erfahrungen der NGOs wie *Miteinander Lernen* nutzen und mehr den Austausch pflegen. Denn die Besonderheit von externen Einrichtungen ist die Zielorientiertheit und Flexibilität, schneller auf Bedürfnisse von PatientInnen eingehen zu können. NGOs wie *Miteinander Lernen* können als Bindeglied zwischen PatientIn und Arzt/Ärztin im Krankenhaus eine wichtige Vermittlerrolle einnehmen, die letztendlich zum Wohle der PatientInnen ein treffsicheres Behandlungsetting ermöglicht. Die Synergien, sowohl fachlicher als auch ökonomischer Natur, werden bis heute nicht ausgeschöpft. Leider müssen wir noch immer feststellen, dass die Bildung von horizontalen Netzwerken besonders im Gesundheitsbereich, der traditionellerweise hierarchisch organisiert ist, sehr schwierig ist.

Unsicherheit als Ressource

Sind nun Menschen mit Migrationserfahrungen anders? Wenn ja, wie anders?

Oder sind die Problemstellungen in migrantischen Familien anders? Die Antwort darauf ist: Ja und nein! Die Entscheidung darüber, ob alles gleich oder doch anders ist, liegt wohl im Handeln aller beteiligten Akteure und Akteurinnen im Problemlösungssystem. In diesem Sinne könnten wir die oft vorherrschende „Unsicherheit“ im Beratungskontext als eine wichtige Ressource betrachten. Vorsichtiges und respektvolles Herangehen in der Kommunikation und oftmaliges Abgleichen im Austausch der Meinungen und Konstrukte scheint eine erfolgreiche Strategie zur Entwicklung von professioneller Beziehung zu sein.

Die Migrationsgeschichte und die Berücksichtigung der um sie herum gebauten aktuellen Lebensbedingungen sind dabei nur zwei von vielen anderen mit einzubeziehenden Faktoren, die das Gelingen der Beratung bestimmen. Das Überprüfen des Mitgebrachten aus der alten „Heimat“ und das Vergleichen mit dem Erworbenen in der neuen „Heimat“ sind Gegenstand der Beratung. Geschieht dies in einer respektvollen Gesprächskultur, so kann eine neue und nützliche Sinngebung und Integration erfolgen, die letztendlich sowohl die KlientInnen als auch die professionellen HelferInnen im beiderseitigen Verstehen fördert.

In diesem Sinne haben wir Frauen von *Miteinander Lernen* vor, auch die nächsten 25 Jahre mit unserer bekannten Hartnäckigkeit weiterhin für die Anliegen von Frauen, Kindern und Familien mit migrantischem Hintergrund da zu sein, sie bei der Entwicklung von positiven gesundheitsfördernden Lebensentwürfen zu unterstützen und bei schwierigen Lebensübergängen respektvoll zu begleiten.

Fußnote:

¹ Gabriela Schmid (u.a.): Ausländer und Gesundheit. Eine handlungsorientierte Studie zur adäquaten Nutzung präventiver und kurativer Gesundheitseinrichtungen in Wien ansässiger Populationen. Forschungsbericht. Interdisziplinäres Forschungszentrum Sozialwissenschaften: Wien 1992.

Judith Hanser
ist als Psychotherapeutin, Beraterin
und im Vereinsmanagement von
Miteinander Lernen tätig
www.miteinlernen.at

DREI FRAGEN UND „AUF WIEDERSEHEN!“

Wenn Krankheiten gesellschaftlich erzeugt werden

Inwiefern kann die Medizin zur Heilung beitragen, wenn Menschen durch politisch und gesellschaftlich erzeugte Lebensbedingungen krank werden? Eine Gruppe von Migrantinnen geben Einblick in ihre Geschichten, ihren Alltag und ihre Strategien, trotzdem gesund zu bleiben.

Deutsch sprechen zu können ist sehr wichtig. Überall. Auch wenn wir wissen, dass uns ein perfektes Deutsch nicht vor Rassismen schützt. Es erleichtert aber das Leben. Besonders bei der Arbeitssuche, bei Ämtern, bei Gesprächen mit den LehrerInnen unserer Kinder, mit ÄrztInnen oder in Krankenhäusern. Wenn wir Deutsch sprechen, können wir unsere Geschichten selber erzählen und darstellen. Je mehr wir selber in die Öffentlichkeit gehen, je mehr wir reden, erzählen, reflektieren und analysieren, desto differenzierter wird auch die Erzählung der Geschichten zu unserer Migration. Und damit auch zur Migrationsgeschichte Österreichs.

Wir sind Frauen aus verschiedenen Ländern. Wir sprechen unterschiedliche Sprachen, haben unterschiedliche Geschichten und Hintergründe. Aber alle stoßen wir in der Migration auf neue Erfahrungen, neue Gewohnheiten und neue Probleme. Wir haben uns bei einem Deutschkurs kennen gelernt und uns als eine Diskussionsrunde organisiert. Neben dem gemeinsamen Deutschkurs verbindet uns die Erfahrung mit der Arbeitssuche, der Wohnungssituation, mit den erfahrenen Rassismen und täglichen Kämpfen. Und der Wunsch, unsere Geschichten selber zu erzählen und zu kontextualisieren. Dieser Text ist in mehreren Diskussionsrunden entstanden und stellt einen Ausschnitt unserer Gespräche dar.

Arbeit, Sprache, Gleichbehandlung, Diskriminierung, Gesundheit und Familie – das alles betrifft unsere Existenz, unsere Lebensrealitäten. Diese Sachen sind miteinander verbunden und haben Einfluss aufeinander.

Neues Land, neues Leben, neues Problem

> Man hat im eigenen Land Probleme. Aber es bringt nichts, diese Probleme in ein anderes Land mitzunehmen.

> Während des Krieges bin ich nach Kasachstan gefahren. Dort flog ein Passagierflugzeug und wir dachten, es ist ein Kriegsflugzeug. Ich bin mit den Kindern weggelaufen. Meine Freundin fragte mich: „Was ist los mit dir?“ Sie sagte: „Steh auf!“

> Bestimmt macht so etwas seelisch krank. Mit der Zeit verliert man das

Selbstbewusstsein. Das wirkt sich auf das ganze Leben aus. Das verschlechtert die Lebensqualität. Man muss ein neues Leben anfangen.

> In diesem Krieg ist mein Mann krank geworden. Mein Bruder hat eine Hand verloren. Mein Vater ist tot. Ich kann nicht damit Schluss machen. Oder vergessen.

> Ich denke, jede Person hat schlechte Erfahrungen gemacht. Man muss den Mut haben und sagen: „Ich bin nicht alleine auf der ganzen Welt mit meinen schlechten Erfahrungen.“ Aber das ist schwer für die Person mit der schlechten Erfahrung. Das ist immer sehr, sehr schwer.

> Ja, das ist schwierig. Man sagt immer: „Du bist so eine starke Frau.“ Aber ich will nicht immer stark sein.

> Oder dass man als Frau keinen Job bekommt. Keinen guten Job. Oder als Ausländerin. Das ist ein Problem.

> Wenn ich als Englischlehrerin Arbeit suche, sagen sie mir, ich wäre kein Native-Speaker. Aber die österreichischen Lehrer und Lehrerinnen sind doch auch keine Native-Speaker.

> Es macht einen Unterschied, ob du sagst „Ich komme aus den USA“ oder „Ich komme aus Tschetschenien.“ Wenn ich Arbeit suche, ist die erste Frage „Wie alt sind Sie?“ Die zweite Frage lautet: „Sprechen Sie Deutsch?“ Und die dritte Frage: „Woher kommen Sie?“ Dann heißt es: „Auf Wiedersehen!“

> Und wenn man die alten Probleme immer mitschleppt, wie einen Stuhl, dann sitzt man auf den Problemen. Es bringt nichts.

Was kann man machen ohne Geld?

> Wenn man sich deprimiert fühlt, dann gibt man auf. Ich kann nicht. Ich habe keine Freude. Dann wird das schlimmer. Dann ist man im eigenen Gefängnis. Wenn jemand einen guten Rat oder Freude bringt oder mit guter Sprache, mit gutem Wort kommt, das tut dann gut. Und das funktioniert bestimmt.

> Man muss sich irgendwie beschäftigen. Wenn man zum Beispiel etwas liest, dann fühlt man sich nicht so traurig.

> Ich gehe spazieren. Dort wo die Enten schwimmen. Eine Stunde spazieren und an etwas Gutes denken.

> Manche malen gerne oder zeichnen. Laufen ist gratis. Das muss man nicht

bezahlen. Aber man bekommt viel, viel Freude. Da kann man sich beschäftigen. Egal bei welchem Wetter. Man muss sich schon bewegen. Einfach raus. Wenn etwas kaputt und schmutzig ist, kann man das auch später machen. Wenn man sich gut fühlt, kann man das schnell erledigen. Wenn man sich aber seelisch nicht gut fühlt, dann dauert das. Ewig lange Zeit.

Etwas für sich tun

> Gesundheit, Familie, Arbeit – diese drei Sachen sind wichtig.

> Aber ich will arbeiten und verdienen. Und etwas für die Kinder kaufen. Das ist für mich wichtig. Jetzt putze und wasche ich den ganzen Tag zu Hause.

> Für mich ist es auch ganz wichtig zu arbeiten. Dann habe ich keine Probleme.

> Es ist wichtig über Probleme zu reden. Sonst kommt ein Herzinfarkt.

> Dann bekommt man noch mehr Krankheiten. Alles bleibt drinnen.

> Man wird seelisch krank von den vielen Problemen.

> Mein Problem ist Deutsch. Wo kann ich es lernen?

> Die Deutschkurse hier sind sehr gut. Wir lernen gut und haben Spaß. Aber das ist nicht genug. Wo kann ich Deutsch sprechen?

> Man kann nicht alleine zu Hause sprechen. Man muss arbeiten.

> Mit einer Arbeit würde ich sehr schnell Deutsch lernen.

> Das ist alles miteinander verbunden: Kein Deutsch, keine Arbeit, kein Geld. Dann fühlt man sich schlecht. Immer nur zu Hause sitzen.

> Ja, wenn man Arbeit hat, dann muss man aktiv sein. Und die Sprache benutzen. Ohne Arbeit sitze ich zu Hause. Ich will nicht zu Hause bleiben.

> Zu Hause esse ich so viel.

> Wenn ich zu Hause nervös bin, dann sage ich: Ich gehe jetzt spazieren. Immer gehe ich dann weg.

> Das ist gut so. Etwas für sich selber tun.

> Mein Mann fragt dann immer: Wohin gehst du? Ich sage: Ich weiß nicht. Wohin meine Füße gehen, da gehe ich auch hin.

> Ich gehe manchmal einkaufen, wenn ich Stress habe oder mich ärgere.

Was ist gesund, was ist krank?

> Ich bin bis jetzt immer auf gute Ärzte und Ärztinnen gestoßen. Wenn ich sagte, ich verstehe Deutsch nicht so gut, dann wurde mir alles auf Englisch erklärt. Einmal musste ich im Krankenhaus ein Formular

ausfüllen. Alles war auf Deutsch. Ich war neu in Österreich und habe kein Wort verstanden. Als ich der Krankenschwester sagte, dass ich das Formular mitnehmen will, um es zu Hause mit der Hilfe meiner Nichte auszufüllen, sagte sie zuerst: „Das geht nicht.“ Aber dann konnte ich es doch mitnehmen, zu Hause ausfüllen und wieder zurückbringen.

> Mit guten Deutschkenntnissen ist es leichter.

> Ich musste auch einmal vor einer Operation einen Zettel unterschreiben. Der Arzt hat mir alles erklärt und gefragt, ob ich alles verstanden habe. Als ich „Nein“, gesagt habe, fragte er, ob ich jemanden habe, der mir das übersetzen kann. Ich nahm den Zettel mit und eine Freundin übersetzte mir alles. Es ist wichtig, nichts zu unterschreiben, was man nicht versteht.

> Die Sprache ist sehr wichtig.

> Du hast das Recht alles zu verstehen, was dir die Ärzte und Ärztinnen sagen. Aber manchmal verstehen auch Menschen, die gut Deutsch können, nicht alles, was jene sagen.

> Aber nicht nur, was die Ärzte sagen. Auch die Beipackzettel von den Medikamenten sollten in verschiedene Sprachen übersetzt werden. Ich lese immer alles, damit ich Bescheid weiß, welche Wirkungen die Medikamente haben.

> Das ist wichtig.

> Wenn ich nicht die Gelegenheit habe, alles zu verstehen, dann werde ich auch nicht anerkannt.

> Anerkennung ist wichtig für mich.

> Auch wenn ich krank bin, möchte ich anerkannt werden. Einmal hatte ich eine Operation. Als ich im Operationssaal war, hatte ich Probleme, denn ich war ohne Kleidung. Und ich möchte, dass mich niemand sieht. I wanted nobody to touch me. I was very confused and I requested one of the doctor there. She ist anesthesiologist. She was very helpful and made me very comfortable. She said: „You don't need to worry about such things at the moment. You just think about the good things, because you are going through a surgery.“

> Ich habe kein Glück mit Ärzten. Immer bekomme ich die billigsten Medikamente. Kopfschmerzen – Parkemed. Fußschmerzen – halbes Parkemed. Eine Tablette für alles.

> Alle mit Sozialhilfe-Krankenschein bekommen billige Medikamente.

> Die Krankenkassa ist auch nicht besser als die anderen. Die Krankenkassa hat auch viele Schulden.

> Ohne Deutsch kannst du nicht einmal alleine zum Arzt. Ich gehe immer mit meiner Mutter zur Ärztin, weil sie kein Deutsch kann. Wenn der Arzt etwas sagt und ich das nicht verstehe, dann frage ich: „Was bedeutet das?“ Und er erklärt das dann.

> Aber ich habe auch hohen Blutdruck. Immer hoch.

> Ich habe Rückenschmerzen.

> Aber was ist *gesund*? Was ist *krank*? Wenn ich sage „Ich bin krank!“, dann würde meine Großmutter sagen „Das ist doch nichts!“ Wir sind heute anders krank als unsere Großeltern.

> Mehr krank. Unser Leben ist anders.

... ohne Süßes bin ich hungrig

> Es gibt einen Sozialsupermarkt.

> Was kann ich da kaufen?

> Das ist ein ganz normaler Supermarkt. Da kannst du Milch und Mehl kaufen, wie in anderen Supermärkten auch. Aber mit Sozialkarte ist alles 30 Prozent billiger. Das ist viel.

> Ich kann jede Woche für 35 Euro einkaufen.

> Nur 35?

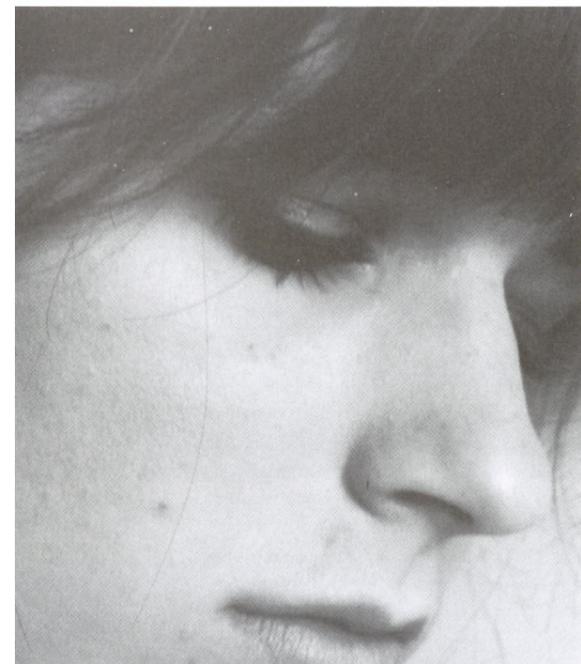
> Genug. Da kannst du für die ganze Woche kaufen.

> Gutes und gesundes Essen ist sehr wichtig.

> Ich esse gerne süß. Immer. Ich backe immer.

> Das ist nicht gut, so viel Süßes.

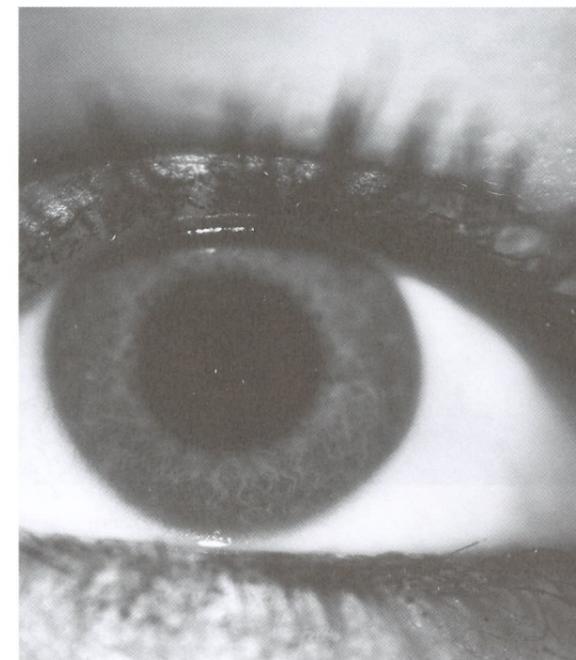
> Aber ich bin ohne Süßes hungrig.



Nahed Khalil
Chamsat Muradova
Özden Akbaş
Taleb Simindokht
Hina Afzal
Sonam Yulsanangpa Chodon und
Hanum Salsabiela

besuchen einen Deutschkurs im Frauenberatungszentrum Peregrina. Die Kurse finden im Rahmen des Ziel 2-Projekts „Lernzentren für Migrantinnen – Aufstieg durch Bildung“ statt und werden von ESF, bmukk, MA17 und BKA: Frauen finanziert.

Die Diskussionsrunde wurde im Rahmen des Projektmoduls „Politische Bildung“ moderiert.



Ende September fand in Wien der 2. Kongress der Transkulturellen Psychiatrie im deutschsprachigen Raum statt. Eine kritische Beobachtung.

TRANSKULTURELL ODER INDIVIDUELL?

Dago Kogoj

Am Mittagsbüffet warten Falafel mit Rotkraut und reichlich Kichererbsenpüree. Die Vorzeichen der Veranstaltung sind jedenfalls transkulturell. Ein Sinnbild für das Hauptthema des Kongresses, bei dem eine rege internationale Teilnahme verzeichnet wird. Interessierte ExpertInnen aus den Bereichen Psychiatrie, Psychologie, Soziologie und Politologie sind sich über eine Tatsache einig: Migration macht krank. Die Zugänge der Vortragenden zu den Mitteln und Wegen einer bedarfsgerechten psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund entpuppen sich während des Kongresses allerdings als sehr unterschiedlich. Während die eine Seite den kulturellen Hintergrund von PatientInnen als fundamental für eine umfassende Diagnosestellung herausstellt, vertreten andere die Meinung, dies wäre nur eine Facette von vielen bei der Erhebung von krankheitswerten Erscheinungen.

Was Kultur alles sein kann

Die Bewegung der „Transkulturellen Psychiatrie“, die überwiegend schulmedizinisch geprägt ist, geht davon aus, dass bei der Bewertung von Symptomen das Wissen über den kulturellen Bezugsrahmen der PatientInnen für deren ganzheitliche Erfassung und schließlich Behandlung nötig wäre. In psychiatrischen Lehrbüchern wird oft folgendes Beispiel angeführt: Das Sehen und Hören von „Geistern“ verstorbener Menschen sei in manchen Kulturkreisen üblich und nicht als psychopathologische Störung, und damit behandlungswürdig, zu klassifizieren. Oder aber, dass Symptome, etwa die einer Depression, von Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund verschiedenartig zum Ausdruck gebracht werden und einer kulturspezifischen Interpretation bedürfen.

Als „Kultur“ wird in diesem Kontext das soziale Umfeld, dessen Vernetzung, die vielfältigen Glaubensüberzeugungen und Rituale, Rollenkonstrukte und Traditionen und – wohl auch – eine Nation per se verstanden. Nur wenig miteinbezogen wird in diese weite, fast zerfließende

Begriffserläuterung die unterschiedliche Herkunft von Menschen innerhalb eines „Kulturkreises“ in Bezug auf Bildungsgrad, Höhe des Einkommens oder Sozialisierung in einem städtischen oder eher ländlichen Umfeld. Für die Behandlung dieser PatientInnen wird von einem transkulturellen psychiatrischen Zugang gefordert, sich über „die Kultur“ des jeweiligen Herkunftslandes zu informieren, um eine individuelle Betreuung zu gewährleisten. Das heißt: Nur wenn ich als Ärztin weiß, welcher Religion beispielsweise mein Gegenüber angehört, kann ich entsprechend auf dessen Symptome eingehen.

Die Idee an sich ist nicht neu. Und wie vieles rund um den Kulturbegriff liegen ihre Wurzeln in der Zeit des Kolonialismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Auch ärztlich-psychiatrisches Interesse wurde damals geweckt, stand man doch einem scheinbar völlig neuen PatientInnenkollektiv mit einem für die Kolonialmächte exotisch-mystischem Erklärungsbild von Krankheit und Gesundheit gegenüber. Einfacher ausgedrückt: Gleiche psychische Erkrankungen würden sich demgemäß im Vergleich zu denen der Alten Welt in anderen Bildern präsentieren. Die PsychiaterInnen verpackten das für sie Fremdartige in den Begriff „kulturspezifisch“ und begannen interessiert zu forschen. Die Methoden und somit auch Ergebnisse waren mannigfaltig.

„Einschätzung des Phänomens ...“

Der Begriff „Transkulturelle Psychiatrie“, der im Zuge der beiden Weltkriege mehr oder weniger in Vergessenheit geraten war, erschien in den USA der 1960er Jahre in anderem Gewand wieder. Der Terminus *Cultural Bound Syndrom* entwickelte sich aus einer offen-rassistisch geprägten Sichtweise der vorwiegend weißen Ärzte und Ärztinnen gegenüber der afroamerikanischen Bevölkerungsgruppe. Menschen einer „anderen Kultur“ seien demnach auch „anders krank“ oder die Krankheit würde zumindest in einer „ihrer Kultur eigenen Art und Weise“ zum Ausdruck gebracht werden. Diese vereinfachte Annahme spricht



bestimmte (gewählte) Eigenschaften einem Kollektiv zu und ignoriert dessen Heterogenität.

Sich mit der „Andersartigkeit“ von Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer vertraut zu machen, wird in der Transkulturellen-Psychiatrie-Bewegung als eine Art Entgegenkommen gesehen: „Bei der psychopathologischen Bewertung von Verhaltensweisen und Symptomen und der Falldefiniton bedarf es vonseiten des Untersuchers einer guten Vertrautheit mit den Einzelheiten des kulturellen Bezugsrahmens. Die Kenntnis der soziokulturellen Gegebenheiten, Glaubensüberzeugungen, Rituale, Verhaltensnormen und Erfahrungsbereiche lässt eine zuverlässige Einschätzung eines Phänomens als normalpsychologisch oder psychopathologisch zu.“¹ „Zuverlässig“? „Phänomen“? Wo in diesem Bild steht der Patient oder die Patientin?

Gefahr der Verfälschung

Während des Kongresses wird das Gegenargument zu diesem naturwissenschaftlich geprägten Ansatz dargestellt: Er birgt die Gefahr, dass eine Exploration, also ein Untersuchungsgespräch, von Stereotypen im Kopf der Untersuchenden geleitet, gar beeinflusst und das Gegenüber als individuelle Person mit spezifischem Erleben nicht genügend einbezogen werden kann. Die „Kultur“ tritt dabei in den Vordergrund und wird nicht nur als ein Teil von vielen weiteren Erlebnisbereichen in das Gesamtbild mit einbezogen. Somit passiert es leicht, dass das Verständnis von Krankheit und deren Ausdrucks- und Umgangsformen mit der „Kultur“ erklärt werden. Die Folge: Indem Symptombilder einem kulturellen Unterschied zugeschrieben werden, werden die Herangehensweise an ein seelisches Problem und dessen Behandlung vereinfacht – und wohl auch verfälscht, weil aufgrund von Vorurteilen erstellt. Transkulturelle

Psychiatrie entfernt sich also zusehends von einer individuellen Psychiatrie, die sich um eine Wahrnehmung von jeweiligen persönlichen Interessen und Bedürfnissen von Patienten und Patientinnen bemüht.

Bei gewaltsam vertriebenen Kriegsflüchtlingen, Asylsuchenden und politisch Verfolgten, mit denen sich die Transkulturelle Psychiatrie heute vermehrt beschäftigt, wird aufgrund von Traumatisierung eine höhere psychische Morbidität angenommen als bei der einheimischen Bevölkerung. Der Migrationsprozess an sich, unabhängig davon, aus welchen Herkunftsländern oder „Kulturen“ die Menschen kommen, bedeutet ebenfalls ein erhöhtes Risiko einer Manifestation von seelischen Leiden. Die gesundheitliche Belastung ist in diesem Fall eher auf die Lebenssituation in einer biografisch, sozial, rechtlich und wirtschaftlich ungewissen Umwelt zurückzuführen als auf kulturelle Unterschiede.

Und immer wieder die Sprache

Wie jetzt tun? Neben einer auf die Person bezogenen Empathie, was als selbstverständlich vorausgesetzt werden soll, bewährt sich für eine ansatzweise vollständige Erfassung von migrationsspezifischen Erlebnissen und daraus entstehenden Krankheitsbildern die Kenntnis von politischen Ereignissen und der Geschichte des jeweiligen Herkunftslandes.

Erforderlich ist vor allem auch eine professionelle Überbrückung von sprachlichen Barrieren. Erst-Anamnesegespräche mit MigrantInnen sollten prinzipiell in deren Muttersprache ermöglicht werden. Die Benutzung der – zumeist erst im Erwachsenenalter erworbenen – Zweitsprache birgt das Hindernis einer Trennung des Affekts zum Inhalt des Gesagten. Das Ergebnis: PatientInnen wirken häufig emotionslos. Oder aber sie versuchen, ihre sprachlichen Defizite nonverbal, mit entsprechender

Gestik und Mimik zu kompensieren. Dabei drängt sich schnell der Fehlschluss auf, es würde sich hierbei um eine Übertreibung, Aggravation oder Simulation handeln. Fachkundige DolmetscherInnen sollten hier in erster Linie zur sprachlichen Verständigung beitragen. Von diesen kann nicht erwartet werden, eine „kulturelle Brücke“ zu den behandelten Menschen zu bilden. Ihre Aufgabe ist vorrangig Neutralität und wortwörtliches Übersetzen.

Die Zahl an qualifizierten DolmetscherInnen in Österreich ist bedauerlich gering. Es kommt häufig vor, dass die Krankheitsgeschichten von PatientInnen mit Hilfe von Familienmitgliedern oder gar einer zufällig anwesenden, aber fachlich nicht geschulten Person, übersetzt werden. Diese bringen oft eigene Ideen und Mutmaßungen in die Übersetzung mit ein. Dadurch werden Gesprächsinhalte verändert, die zu Missinterpretationen führen. Zudem kann die dringend notwendige Neutralität in solchen Fällen nicht gewahrt bleiben.

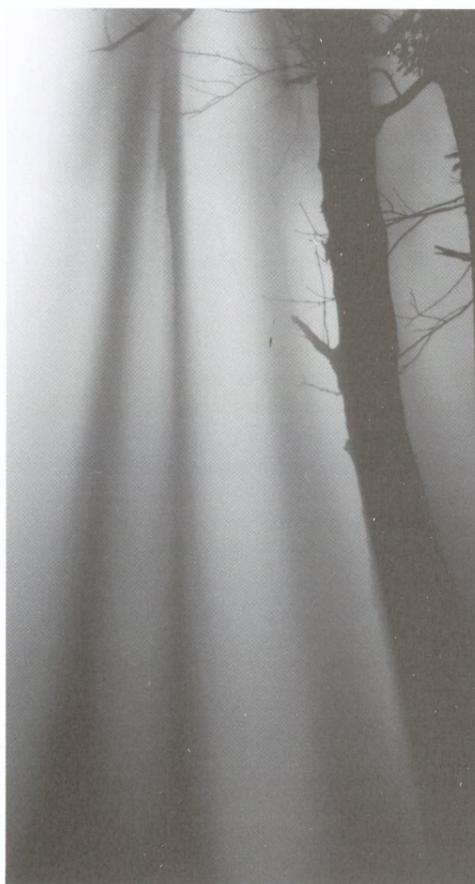
Konsens am Ende des Kongresses zur Transkulturellen Psychiatrie: Erstens gibt es zu wenige spezialisierte, muttersprachliche Beratungsstellen und medizinische Einrichtungen. Zweitens fehlt es an grundsätzlichen und umsetzbaren integrationspolitischen Konzepten sowie drittens an Ressourcen – konkret gesprochen: an Geld. Vonseiten der Politik wurde es bis jetzt verabsäumt das Gesundheitswesen an veränderte Gegebenheiten zu adaptieren. Denn: Transkulturalität kann nicht am Speiseplan enden und bedeutet mehr, als sich nur auf Falafel und Kichererbsen einzulassen.

Fußnote:

¹ Berger, M. (Hrsg.): Psychische Erkrankungen. Klinik und Therapie. Urban & Fischer, München Stuttgart 2008, S. 1163

Dago Kogoj
ist Ärztin und Redakteurin bei Radio
Stimme – Die Sendung der Initiative
Minderheiten.

Großbanken taumeln in den Bankrott. Die Börsen spielen verrückt. Im Maßstab mehrerer Weltkriege wird Kapital entwertet. Staatliche Garantien stützen den freien Markt. Millionen verängstigter Menschen bangen um ihre Existenz. Nur ein Land trotz der Hysterie. Das tapfere, kleine Österreich. Unbeschadet von den Stürmen der Weltwirtschaft wählt Österreich ein Parlament, und es wählt am 28. September zu einem Drittel rechtsradikale Parteien. Wie schon so oft in den vergangenen 20 Jahren hieß der Triumphator Jörg Haider. Die Welt reagiert mit angewidertem Kopfschütteln. In Österreich regiert vertrauter Alltag.



Erwin Riess
ist Schriftsteller, langjähriger Aktivist in der Behindertenbewegung und Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten.

JÖRG HAIDERS LETZTER TRIUMPH

Österreich 2008

Erwin Riess

Zwei Wochen später. Eine neblige Nacht am Wörthersee. Landesweite Feiern zum Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung von 1920. Um ein Uhr dreißig Nachts driftet eine schwarze Luxuslimousine knapp außerhalb von Klagenfurt mit 142 Stundenkilometern in eine Böschung, kollidiert mit einer Straßentafel, die 50 km/h vorschreibt, rammt danach einen Betonsockel, überschlägt sich mehrfach und bleibt mit zerstörter Fahrgastzelle in der Mitte der Straße liegen. Zweierlei stellt die rasch herbeigerufene Notärztin fest: Der Fahrer ist tot. Und: Es handelt sich um den Landeshauptmann von Kärnten, Jörg Haider.

Faschismus des Möglichen

Seither befindet das südlichste Bundesland Österreichs sich im Ausnahmezustand. Tausende brennende Kerzen am Unglücksort, Zehntausende Kärntner, die sich in Kondolenzbüchern eintragen. Sondersendungen von Funk und Fernsehen, Sonderausgaben der Zeitungen, eine Messe im Klagenfurter Dom. Das offizielle Österreich äußert Bestürzung und attestiert dem Verstorbenen politisches Talent, das leider zu üblen Zwecken missbraucht wurde. Von wem, darüber schweigt die Fama. Dass Haider, der Meister des Zurückziehens und Wiederauftauchens, endgültig abgetreten ist, wird sich erst in mittlerer Frist niederschlagen. Seine Erben nämlich sind gesund und munter. Auch wenn ihnen Haiders missionarischer Narzissmus fehlt; sie sind angetreten, seine Mission eines „Faschismus des Möglichen“ fortzusetzen. Der Haider nachgefolgte Landeshauptmann Gerhard Dörfler setzt bewusst die menschenrechtswidrige sogenannte Ausländerpolitik fort und steckt Asylsuchende wie Gefangene in von Gott, der Welt und dem Rechtsstaat verlassene Anstalten. Der Mann, der vor nicht allzu langer Zeit den berühmten Nazisatz „Der Rechtsstaat ist das eine, das gesunde Volksempfinden ist das andere“ von sich gab, wird im Verein mit seinen Mitstreitern, die längst um die Pfründe rittern, dafür sorgen, dass der „Mythos Haider“ noch zu einem letzten Sieg bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2008 reicht. In der sogenannten Ortstafelfrage kann von

diesen Herrschaften kein Entgegenkommen erwartet werden, sie würden das als Verrat an ihrem Übervater interpretieren. Die Situation ist also verfahrenener denn je.

Ein Drittel der Österreicher...

Wie kam es zum Erdrutschsieg der äußersten Rechten? Ein Blick zurück ist hilfreich. Nach den sieben glorreichen Jahren der von Wolfgang Schüssel geführten schwarz-blauen Koalition hatte die Volkspartei (ÖVP) bei den Wahlen 2006 acht Prozent verloren, während das in Haiders BZÖ und Straches FPÖ¹ getrennt marschierende freiheitliche Heer zusammen auf rund fünfzehn Prozent gekommen war. Auch die oppositionelle Sozialdemokratie (SPÖ) verlor Stimmenanteile, blieb aber zum großen Verdross Wolfgang Schüssels knapp vor der ÖVP. Alfred Gusenbauer, ehemaliger Vorsitzender der Sozialistischen Jugend, wurde Bundeskanzler. Unter Missachtung aller Wahlversprechen ließ er sich auf eine Neuaufgabe der großen Koalition ein. Ex-Kanzler Schüssel glaubte im Wahlergebnis einen Ausdruck für die Unzurechnungsfähigkeit der österreichischen Wähler zu erkennen, womit er so Unrecht nicht hatte. Nun aber machte die ÖVP-Führung einen entscheidenden Fehler. Sei es, dass sie zu viel bei Augustinus und zu wenig bei Machiavelli nachgeschlagen hatte – sie verspielte nicht nur den Sieg, sie verspielte um ein Haar auch ihre politische Existenz.

Anstatt den angeschlagenen Kanzler durch Zugeständnisse in sekundären Fragen aufzufangen und sich an dessen Schwäche für einen späteren Wahlsieg emporzuarbeiten, war man in Gusenbauers Untergang verliebt. Dass sich in der SPÖ Panik breitmachte und eine Verschwörerrunde die politische Liquidierung Gusenbauers vorbereitete, realisierte man erst, als es zu spät war. Der Kanzler seinerseits ignorierte die Anzeichen des kommenden Putsches und lieferte seinen Kritikern Munition, indem er als Besserwisser auftrat, der sich den Rat mediokrer Landeshauptleute und Küchenexperten verbat und die SPÖ-Zentrale zur Wagenburg formte, zu der nur ehemalige Jungsozialisten Zutritt hatten. Nach außen ergab das ein staunenswertes Bild. Ein Kanzler, der mit seiner Partei

nicht mehr verkehrte, wurde von einem Vizekanzler belauert, der dem Schatten seines übermächtigen Vorgängers nicht entfliehen konnte. Dazu gesellte sich eine Opposition, die sich in xenophobem Gekläff austobte oder, wie die Grünen, von künftigen Regierungsämtern träumte.

...kann nicht rechtsradikal sein

Im Frühsommer zerriss die Idylle. Mit flackernden Augen trat Vizekanzler Molterer vor die Kameras, stammelte „Es reicht!“ und ließ sich auf einen Stuhl fallen. Was war geschehen? Welcher Teufel ritt Molterer, dass er Neuwahlen ausrief? Was machte den bedächtigen Mann zum Hasardeur?

Der Anlass für Molterers Ausnahmezustand war eine Provinzposse. In einem offenen Brief an den Herausgeber der „Kronen Zeitung“ hatten Kanzler Gusenbauer und Infrastrukturminister Werner Faymann einen Schwenk in der Europapolitik vollzogen. In Zukunft werde man nationale Volksabstimmungen bei wichtigen EU-Fragen befürworten. Gusenbauer hatte sich diesen Verzweigungsschlag einfallen lassen, um Faymann, der ein inniges Verhältnis zum Boulevard pflegte und mit diesem gemeinsam Gusenbauers Ablösungsbetrieb, einzubinden und damit die eigene Kanzlerschaft im letzten Moment doch noch zu sichern. Wenn die ÖVP diese Taktik versteht, so seine Rechnung, kann er als Kanzler einer de facto ÖVP-Alleinregierung weiterdienen. Gusenbauer hatte keine hohe Meinung von Molterer; es sollte sich aber zeigen, dass er ihn noch überschätzt hatte. In einer Situation, in der Schweigen Gold gewesen wäre, berauschte der Vizekanzler sich am Nachhall seines Ausrufs.

Gusenbauer wusste, dass er verloren hatte. Er übergab den Parteivorsitz an Faymann, und der, nicht faul, begann einen Wahlkampf im Stil der späten siebziger Jahre und trieb die ÖVP, die mit einem Wahlkampf im Stil der frühen fünfziger Jahre konterte, vor sich her. Ganz Österreich rätselte über die vertrackten Botschaften der schwarzen Wahlplakate. Der Rest ist schnell erzählt. Anstatt gegen einen waidwunden Gusenbauer in den Ring zu treten, sah Molterer den alerten Herausforderer Faymann vor sich. Der hatte mit dem grauen Gegner leichtes Spiel und ging bei den Wahlen als Erster durchs Ziel. Dennoch war Faymann traurig, er hatte nämlich einen Pyrrhussieg errungen: SPÖ 29,3 Prozent (-6,0), ÖVP 26,0 (-8,4), Strache-FPÖ 17,5 (+6,5), Haider-BZÖ 10,9 (+7), Grüne 10,4 (-0,6).

Die beiden ehemaligen Großparteien verzeichneten das mit Abstand schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte, FPÖ und BZÖ zusammen liegen gleichauf mit den Verlierern. Die SPÖ blieb stimmenstärkste Partei, folglich bekommt Faymann, ein erklärter Anhänger der einst „groß“ genannten Koalition, den Auftrag zur Regierungsbildung. Da auch die schlafmützigen Grünen verloren, gibt es nur einen Wahlsieger: das doppelköpfige rechtsradikale Lager. Bei den Wählern unter 30 Jahren verfügen die Rechtsparteien über eine stabile Mehrheit, dasselbe gilt für Arbeiter und sogenannte bildungsferne Schichten.

Und wenn doch?

Am Tag nach der Wahl trat Wilhelm Molterer zurück, Josef Pröll, Landwirtschaftsminister und Protegé des Raiffeisenkonzerns und seines mächtigen Onkels, des niederösterreichischen Landeshauptmanns Erwin Pröll, übernahm den Parteivorsitz. Wolfgang Schüssel bleibt einfacher Abgeordneter – wie der ebenfalls zurückgetretene Chef der Grünen, Alexander van der Bellen. Die Rechte triumphierte. Ein Drittel der österreichischen Wähler könne unmöglich rechtsradikal sein, riefen einander darauf die führenden Kommentatoren in ORF und den Tageszeitungen zu.

Und wenn doch? Wer sich in den österreichischen Vorstädten und in den ländlichen Regionen bewegt, wird in den wichtigsten Politikfeldern eine stabile rechtsextreme Hegemonie in den Köpfen der Menschen feststellen. Ein festgefügtes Amalgam aus Chauvinismus und



Ausländerhetze, Antiparlamentarismus und Sozialneid, ein Anhimmeln von Führern und ein fanatischer Hass auf „die Volksverräter von der EU“ bilden die Grundlage eines Rechtsradikalismus, der so stabil ist, dass der allgegenwärtige Antisemitismus es schwer hat, Gehör zu finden. Man müsse die Menschen dort abholen, wo sie sich ideologisch aufhalten, dozieren nun Politikwissenschaftler. Faymann und Pröll werden den Rat der Experten nicht in den Wind schlagen. Sie werden die Menschen dort aufsuchen, wo sie sich befinden. Ob sie sie dort abholen oder ob sie sich zu ihnen setzen, um zu bleiben, wird das böse Ausland noch längere Zeit beschäftigen.

Fußnote:

¹ Weit mehr als die Hälfte der zukünftigen Mandatare der FPÖ treten in einschlägigen rechtsextremen Zusammenhängen auf. Die FPÖ zählt zu den aktivsten Parteien bei der Formierung einer eurofaschistischen Partei und pflegt enge Kontakte zu Gesinnungsgenossen in der EU. Bei der Angelobung der neuen Parlamentsabgeordneten erschienen die FPÖ-Mandatare mit einer blauen Kornblume. Der Finanzrechts-Professor Werner Doralt wies in einem Leserbrief in der *Presse* vom 25. 10. 2008 darauf hin, dass das Erkennungszeichen der in den 1930er Jahren verbotenen NSDAP die blaue Kornblume war. In Österreich findet niemand mehr etwas dabei, wenn ein notorischer Leugner der österreichischen Nation und eifriger Mitarbeiter einer Burschenschaft, die den Holocaust nicht etwa leugnet, sondern begrüßt, dritter Nationalratspräsident wird. Martin Graf wurde nicht nur von FPÖ und BZÖ, sondern auch mit den Stimmen von 53 SPÖ und ÖVP-Abgeordneten gewählt. So sieht der Kampf gegen Rechtsextremismus mittlerweile in Österreich aus.

Nicht nur einmal wurde in den Wochen vor der Nationalratswahl von unterschiedlicher Seite treffend festgestellt, dass es sich hier um einen Wahlkampf im Retrostyle handle. Bei den SpitzenpolitikerInnen angefangen über die propagierten Themen bis hin zu den Slogans schien alles schon einmal dagewesen und auf seltsam eigentümliche Art aus den späten Neunzigern herübergerettet worden zu sein.



Retrowelle auch in der Politik. © APA-Picturedesk GmbH

RETRO-WAHLKAMPF MIT RETRO-ERGEBNIS

Eine Nachwahlbetrachtung

Gerd Valchars

Wer dann am Wahlsonntag die reine Männerriege an Parteiobleuten aufgefädelt im Parlament stehen sah, währte sich erst recht und noch viel weiter zurück versetzt, in eine Zeit, als Politik ein vor Frauen hermetisch abgeriegelter Bereich war. Doch nicht nur der Wahlkampf und die agierenden Personen hatten zum Großteil Retro-Charakter, auch das Wahlergebnis fügte sich in dieses Bild erstaunlich perfekt ein: Zwei (ehemalige) Großparteien, die nach einer Großen Koalition massive Verluste einfahren und ihren historischen Tiefstand erreichen, eine ÖVP, die bei 26% vom gestärkten rechten Lager überholt wird, ein LiF, das den Einzug ins Parlament verpasst und schließlich eine Wahlbeteiligung, die selten bis niemals zuvor geringer war. Alleine das Abschneiden der Grünen unterscheidet das Wahlergebnis aus dem Herbst 1999 von jenem aus dem Herbst 2008.

Verfehlt Schuldzuweisung

Welche Konsequenzen hatten SPÖ und ÖVP aus ihren damaligen Verlusten an die extreme Rechte gezogen? Wie meistens bei schlechten Ergebnissen, waren es damals wie heute in unterschiedlichem Ausmaß ein misslungener Wahlkampf, mangelnde Kommunikation, vielleicht der falsche Spitzenkandidat, jedenfalls aber der Stil der Auseinandersetzung, der die WählerInnen angeblich verschreckte. An Inhalte und Positionen denkt man in den parteiinternen Analysegruppen hingegen nur selten. Wie dem auch sei, die ÖVP musste sich 1999 nicht lange mit einer Fehleranalyse aufhalten, denn sie hatte ja nach verlorenen Wahlen das Kanzleramt gewonnen – also Schwamm drüber. Auch der SPÖ kann man nicht gerade nachsagen, die Opposition zur umfassenden Erneuerung und Repositionierung genutzt zu haben. Die Regierungsarbeit in den folgenden Jahren war ohnehin so mies, dass sie die Stimmen quasi im Vorbeigehen und ohne größeres Zutun einsammeln konnte und nach Knittelfeld 2002 schienen die FPÖ und Haider auf Bundesebene sowieso der Geschichte anzugehören.

Gerd Valchars

ist Lektor am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien und Redakteur bei Radio Stimme – Die Sendung der Initiative Minderheiten.

Nacheilender Populismus

Der Rechtspopulismus war also überwunden, er hatte sich selbst erledigt.

Österreich würde sich, auch was seine Parteienlandschaft betrifft, der europäischen Normalität annähern und das populistische Rechtsaußen im einstelligen Bereich bleiben. Weit gefehlt – wie bei einer übertauchten Grippe, von der man glaubte, sie bereits überstanden zu haben, kehrte das Problem mit noch heftigerer Vehemenz zurück. Aus einer waren zwei erfolgreiche Parteien geworden. Und die Reaktion von SPÖ und ÖVP, als absehbar wurde, dass der Rechtspopulismus erneut an politischem Terrain gewinnen wird? – Retro auch hier: Dieselbe feige Politik des Hinterherlaufens, die schon in den 1990er Jahren nicht funktioniert hatte. Die ÖVP und ihre InnenministerInnen kopierten die Strategie des einstigen SPÖ-Ministers Schlögl, der sich dem Law-and-Order-Prinzip verschrieben hatte und nicht zu Unrecht von Haider einst als dessen bester Mann in der rot-schwarzen Regierung bezeichnet wurde. Im Wahlkampf selbst fiel die Partei durch die Forderung nach Deutschkenntnissen bei MigrantInnen noch vor der Einreise, den Kampf gegen vermeintliche Kulturdelikte und die Rede von Klein-Istanbul in Ottakring auf. Die SPÖ war nicht viel kreativer und entdeckte lediglich die EU- und die Sozialpolitik als neuen Anwendungsbereich für die alte Strategie des nacheilenden Populismus und kopierte hier die Forderungen von FPÖ, BZÖ und Krone.

Mit dieser lauwarmen Politik konnten die beiden Volksparteien damals wie heute nicht nur keine WählerInnen überzeugen, sie gaben implizit auch den rechten PopulistenInnen mit ihrer vordergründigen Problemanalyse und ihren allzu einfachen Antworten recht. Das Problem sind eben doch „die Ausländer“ mit ihrer Integrationsresistenz und dem Hang zur Kriminalität und „die EU“, die nur an Beitragszahlungen interessiert ist und uns ansonsten eine fremde Politik aufzwingt, so das Signal. Doch der Populismus wird erstens nicht besser oder wahrer, nur weil er von anderer Seite und in weniger radikaler Diktion daherkommt. Und er funktioniert zweitens auch nicht zum Stimmenfang bei jenen, die im Prinzip an seine Problemlösungskapazität glauben. Denn im Populismus überzeugender waren und sind immer noch Haider und Strache, selbst wenn sich Missethon, Fekter und Faymann auch noch so bemühen mögen.

SCHWEIGEN IM WALDE

Gedenken und Gedenkkultur in Kärnten/Koroška

Franc Wakounig

Wie es scheint, wird das Jahr 2008 ohne eine offizielle bzw. von der Kärntner Landesregierung oder vom Kärntner Landtag organisierte Gedenkfeier anlässlich des Gedenkens an das Jahr 1938 vorübergehen. Damit wird erneut bestätigt, dass Kärnten bezüglich der Gedenkfeiern, die sich kritisch mit der jüngeren Vergangenheit, insbesondere dem Nationalsozialismus auseinandersetzen, eine mehr als fragwürdige Rolle inne hat.

Dabei hätte gerade dieses Land jede Pflicht und Aufgabe, sich mit seiner Rolle bzw. der seiner Bürger in den Jahren vor der nazistischen Machtergreifung und dem Anschluss an Hitler-Deutschland und dann während der Naziherrschaft ernsthaft und kritisch auseinanderzusetzen, auch was insbesondere die Behandlung der SlowenInnen betrifft. Statt dessen tut man seitens des Landes so, als ob es nichts zu hinterfragen, zu erforschen und aufzuarbeiten gäbe. Als ob alles in Ordnung wäre.

Zwei Gedenklinien

In Kärnten sollte man in der Frage der Gedenkkultur grosso modo zwei große Linien beachten. Hier die vom Land und den selbsternannten Heimatverbänden im deutschnationalen und antislowenischen Sinne getragenen Gedenkfeiern, und dort die von den SlowenInnen und den verschiedenen Gedenkinitiativen aus beiden Volksgruppen veranstalteten Gedenkveranstaltungen z.B. für die Opfer des Nationalsozialismus.

Die alljährlichen Feiern anlässlich des 10. Oktobers in Kärnten werden selbstverständlich vom Land und den Gemeinden und vielen deutschsprachigen Vereinen enthusiastisch begangen. Dagegen wäre ja nichts einzuwenden, wenn diese Feiern im Geiste einer kritisch und gründlich hinterfragten Geschichte, der Gemeinsamkeit und eines gleichberechtigten Zusammenlebens beider Volksgruppen abgehalten würden. So aber haben sie leider bis heute einen klaren eindimensionalen deutschnationalen und betont antislowenischen Charakter. Nur in wenigen Gemeinden wird dieser Tag der

Volkabstimmung (slowenisch: plebiscit) vom 10. Oktober 1920 auch gemeinsam mit den SlowenInnen begangen. Ansonsten ist man in der Mythologie des Sieges in deutscher Nacht stecken geblieben.

Ein vollkommen anderes Bild liefert das Land, wenn es um das Gedenken an die Untaten der Nazizeit geht. Hier herrscht Schweigen im (deutschen) Walde. Sei es die Gedenkfeier am KZ-Loibl, die Feier am Denkmal für die Opfer für ein freies Österreich am 26. Oktober am Friedhof Klagenfurt-Annabichl/Celovec-Trnja vas, seien es die diversen, von den Kärntner Slowenenverbänden organisierten Gedenkfeiern für die gefallenen Freiheits- und Widerstandskämpfer, sprich PartisanInnen, für die enthaupteten und in den KZs ermordeten Kärntner SlowenInnen, die Gedenkfeier am Peršmanhof ober Eisenkappel/Železna Kapla für die von der SS massakrierte Familie Sadovnik, das Gedenken an die vertriebenen und ermordeten Juden, Sinti und Roma, die Gedenkfeiern vom „Verein Erinnern“ am Mahnmal in Villach/Beljak: Die Anwesenheit der offiziellen Kärntner Politiker ist entweder gar nicht existent oder sehr spärlich. Im Grunde beweisen hier nur die Grünen und einige aktive sozialdemokratische Politiker Rückgrat.

Gut, würde man sagen, da geht's halt um Slowenen, Deserteure, Partisanen, Zigeuner und einige sonstige Widerspenstige und Widerständige (im üblichen Polit-Sprachegebrauch auch „Banditen“,

„Verräter“, „Mörder“). Aber wie schaut es mit den deutschsprachigen Opfern des NS-Regimes aus? Sind wenigstens sie im offiziellen Gedenkregister des Landes und der selbsternannten Heimatverbände verankert? Sind wenigstens sie offiziell gedenkwürdig? Die Antwort ist negativ und beschämend. Die sind eigentlich noch mehr im gedenklischen Abseits. Die slowenischen Opfer des Nationalsozialismus sind trotz aller Verweigerung des Landes nicht vergessen, denn die Kärntner SlowenInnen gedenken ihrer. Damit befinden sich die SlowenInnen in einem ständigen gedemütigenden Widerstand und Widerspruch gegen das offizielle Kärnten, womit augenscheinlich wird, dass Gedenken tatsächlich auch Widerstand bedeutet.

Die deutschsprachigen Opfer des Nazismus wurden aber vollkommen dem Vergessen anheim gegeben. Man schämt sich bis heute für ihren Widerstand gegen das (deutsche) NS-Regime und ihren vermeintlichen Verrat am Deutschtum, am Volk, an den Kameraden und am Land. Jetzt erst, im Zuge der heurigen, von den SlowenInnen initiierten Gedenkfeiern, beginnt man sie zaghaft in das öffentliche Gedächtnis zurückzuholen. Wann man sie und die slowenischen Opfer in den offiziellen Gedenkanon des Landes, der Gemeinden und auch des Staates Österreich einbetten wird, ist nicht absehbar.

Ganz anders das Bild bei den verschiedenen Veranstaltungen der deutschnationalen Abwehrkämpfer, Kameradschaftsverbände oder am Ulrichsberg. Da ist das Politikergedränge in der ersten Reihe und vor den Mikrofonen enorm, und üblicherweise ist die Militärmusik auch nicht weit weg.



Das Geschäft der Familie Scharfberg in Haifa. © Gabriel Shenhar

Dass im zweisprachigen, aber noch immer wesentlich vom deutschnationalen Gedankengut geprägten und dominierten Land Kärnten/Koroška heuer das Gedenken an das Jahr 1938 doch nicht sang- und klanglos in den Fluten der Drau und des Wörthersees unterging, ist in erster Linie privaten und Vereinsinitiativen aus dem Bereiche der slowenischen Volksgruppe zu verdanken. Mit ihnen gelang es erstmals über die innerkärntnerischen ethnischen und sprachlichen Grenzen hinweg die vergessenen und verdrängten Opfer des NS-Terrors, insbesondere der Freisler'schen Blutjustiz, in das Bewusstsein der landesweiten Öffentlichkeit zu bringen und die Bevölkerung für diese Frage zu sensibilisieren.

Zu diesen erwähnten Initiativen gegen das Vergessen zählen drei Gedenkveranstaltungen, die im Folgenden dargestellt werden.

Tu smo bili doma – Wir gehörten hierher

Die großartige, aber leider seitens des Landes und des Bundes bisher vollkommen unbedankte Ausstellung „*Tu smo bili doma – Wir gehörten hierher*“ über die jüdische Familie Scharfberg in Eisenkappel/Železna Kapla stellt in gewisser Hinsicht einen Paradigmenwechsel in der Gedenkkultur der Kärntner SlowenInnen dar. Ein slowenischer Kulturverein entscheidet sich als Kulturträger der örtlichen slowenischen Bevölkerung für die Aufarbeitung des vergessenen Schicksals einer geflüchteten jüdischen Familie – ihr Besitz wurde gewaltsam arisiert –, obwohl es angesichts des hohen Blutzollens, den die slowenische Bevölkerung aus dem Raume Eisenkappel/Železna Kapla unter dem Nationalsozialismus bezahlen musste, genug Argumente für das Befassen mit der eigenen tragischen Geschichte gäbe und gibt. Aber man hat sich bewusst für das Aufarbeiten des Schicksals der Familie Scharfberg entschieden. Damit hat der Kulturverein einen bedeutenden Akt der ethnischen Solidarität gesetzt und einen bisher verschwiegenen Teil der Kärntner Geschichte in das Bewusstsein der Bevölkerung geholt. Die Ausstellung wurde vom örtlichen Slowenischen Kulturverein/Slovensko prosvetno društvo „Zarja“ initiiert, wissenschaftlich von Werner Koroschitz und Lisa Retzl begleitet und mit einem völkerverbindenden und bewegenden Kulturprogramm eröffnet. An der Eröffnung nahmen auch Angehörige der Familie Scharfberg, lebend in Israel und den USA, teil. Aus

Aktualitätsgründen wurde die Ausstellung im „Forum Zarja“ mitten in Eisenkappel/Železna Kapla mehrmals verlängert.

„... sämtlich Slowenen“

Am 29. April 2008 jährte sich zum 65. Mal der Tag der Enthauptung von 13 Kärntner SlowenInnen im Wiener Grauen Haus. Sie wurden am 9. April 1943 am Klagenfurter Landesgericht vom 1. Senat des Volksgerichtshofes unter dem Vorsitz von Dr. Roland Freisler, Präsident des Volksgerichtshofes in Berlin, wegen ihres Widerstandes gegen das Naziregime und Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt und am 29. April 1943 in Wien enthauptet.

Dieses Urteil, ein politisch, ideologisch, rassistisch und national motiviertes Massaker, fiel auch deshalb so brutal aus, weil es den ersten organisierten und von der slowenischen Bevölkerung getragenen Widerstand gegen das Naziregime auf dem gesamten Gebiet des damaligen Deutschen Reiches betraf. Das Regime verhängte exemplarische Strafen, weil es jeden künftigen Widerstand im Gau Kärnten, und nicht nur hier, im Keim ersticken wollte. Die Bedeutung der Gerichtsverhandlung und der Gerichtsurteile gegen die Verurteilten im Besonderen und gegen die slowenische Bevölkerung in Kärnten im Allgemeinen, insbesondere aber im Gebiet Eisenkappel/Železna Kapla, Ferlach/Borovlje und Zell/Sele, unterstreicht allein schon die Tatsache, dass der Präsident des Volksgerichtshofes, Dr. Roland Freisler, extra deshalb aus Berlin angereist ist und unter seiner Führung die 13 Todesurteile gefällt wurden. Wie im Urteil besonders betont, waren alle Angeklagten und Verurteilten „sämtlich Slowenen“. Das Urteil gegen die 13 Kärntner SlowenInnen, eine Frau und zwölf Männer, wurde in etwa zeitgleich mit dem Urteil gegen die Mitglieder der Gruppe „Die Weiße Rose“ in München gefällt und exekutiert.

Am 28. April 2008 fand in Klagenfurt/Celovec ein Gedenkfeier für die 13 Hingerichteten und auch alle anderen Opfer der NS-Unjustiz in Kärnten/Koroška statt. Initiiert wurde die Gedenkfeier von Franc Wakounig, Veranstalter waren Memorial Kärnten-Koroška, Plattform gegen das Wiederaufleben von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus/Platforma proti oživljanju fašizma, rasizma in antisemitizma, und slowenische politische, kulturelle, kirchliche und Jugendorganisationen in Kärnten.

Erstmals, und das 65 Jahre nach der Hinrichtung, fand die Gedenkveranstaltung

mitten in Klagenfurt/Celovec statt, in bzw. vor jenen Gebäuden, in denen die Opfer verhört, gequält und schlussendlich abgeurteilt wurden. Zu Beginn wurde im ehemaligen Gestapohauptquartier in der Klagenfurter Burg, wo sich heute das Museum Moderner Kunst Kärnten befindet, vor einer mehrere Hundert Menschen umfassenden Menge eine Resolution angenommen, in der an sichtbarer und würdiger Stelle die Anbringung einer zweisprachigen Gedenktafel für alle jene gefordert wurde, die an diesem Ort des Grauens wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer politischen oder religiösen Überzeugung verhört, gequält oder getötet wurden.

Anschließend bewegte sich der Zug, vorne nur ein schlichtes Transparent mit dem Text „Spomin-Gedenken 1943-2008“, getragen von slowenischen Jugendlichen, in einem stillen Gedenkgehen durch jene Gassen und über jene Plätze des Grauens zum Landesgerichts- und Gefängnisgebäude, durch welche die Opfer zu und von den Verhören im Gestapoquartier geführt wurden. Vor dem Landesgerichtsgebäude wurde die Schlusskundgebung abgehalten. Mit der Verlesung des Todesurteils für die 13 Hingerichteten Micka Olip, Ivan Dovjak, Franc Gregorič, Florijan Kelih, Urh Kelih, Jakob Oraže, Janez Oraže, Nuža Oraže, Tomaž Olip, Jurij Pasterk, Franc Pristovnik, Franc Weinzierl, Miha Županc sowie Tomaž Olip, vulgo Jereb aus Ebriach/Obirsko, der unmittelbar nach der Urteilsprechung noch im Gerichtssaal niedergeknüppelt wurde und am 19. 4. 1943 in Klagenfurt/Celovec an den Folgen verstarb und als 14. Opfer gilt, und den von Schülern des Bundesgymnasiums für Slowenen/Zvezna gimnazija za Slovence und der Zweisprachigen HAK/Dvojezična trgovska akademija niedergelegten 14 weißen Rosen wurden die Opfer symbolisch rehabilitiert. Der Zeithistoriker Teodor Domej beleuchtete die Gründe des Widerstandes, Peter Kaiser (SP) und Zalika Kuchling (Grüne/Zeleni) erklärten ihr Eintreten für die vollkommene rechtliche Rehabilitation der Hingerichteten.

Slowenische Widerstandslieder, gesungen von Chören aus Ferlach/Borovlje und Zell/Sele, sowie ein Rezital von Janko Messner gaben der Gedenkfeier den würdigen kulturellen Rahmen. Zum Abschluss wurde auch vor dem Landsgericht/Deželno sodišče, dessen Präsident an der Feier teilnahm, eine Resolution angenommen, dass das zuständige BM für Justiz im Gebäude des Landesgerichtes von Klagenfurt/Deželno sodišče v Celovcu an sichtbarer und wür-

diger Stelle eine zweisprachige Gedenktafel für die Opfer der NS-Unjustiz anbringen soll. Weiters wurden eine Aufhebung der Unrechtsurteile der NS-Gewaltsjustiz, eine Rehabilitierung der Verurteilten, ihre Aufnahme in den Gedenkkodex des Staates Österreich und des Landes Kärnten sowie die Einrichtung eines Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus gefordert.

An der rechtlichen Rehabilitation der Opfer arbeitet zur Zeit Memorial Kärnten-Koroška.

Das erste Opfer des Nazismus

Das erste Opfer der Kärntner SlowenInnen unter dem Nationalsozialismus war Vinko Poljanec, Pfarrer von St.Kanzian/Škocijan, ehemaliger slowenischer Landtagsabgeordneter im Kärntner Landtag, Kammerrat in der Kärntner Landwirtschaftskammer und ehemaliger Präsident der Slovenska prosvetna zveza/Slowenischer Kulturverband, der kulturellen Dachorganisation der Kärntner SlowenInnen in der Zwischenkriegszeit. Wegen seines unerschrockenen und klaren Eintretens für die Belange der Kärntner SlowenInnen war Vinko Poljanec den Kärntner deutschnationalen Kräften, die sich nach dem Anschluss 1938 ausnahmslos alle im Nazi-Lager wiederfanden, ein Dorn im Auge. Einen Tag nach dem Anschluss wollte Poljanec für einige Zeit verreisen, um sich aus der ersten Schusslinie der neuen Machthaber zu bringen. Als Reismittel wählte er den Zug von Klagenfurt/Celovec nach Maribor in Slowenien. Der unmittelbare Nachbar, ein Wirt, hat ihn bei der Abreise beobachtet und dies an die NS-Behörden weitergegeben. An der Grenz- und Zollstation in Bleiburg/Pliberk wurde Poljanec von der Gestapo schon erwartet und wegen Devisenvergehens (er hatte einige jugoslawische Dinar bei sich) inhaftiert und in das Gefängnis nach Klagenfurt/Celovec gebracht. Innerhalb von wenigen Monaten verfiel der früher kräftige Mann körperlich so sehr, dass er am 25. August 1938 verstarb. Er selbst führte seinen Verfall auf das Essen (u.a. eine Suppe, auf der grünliche Fettflecken schwammen, gegen deren Verzehr er sich vergeblich wehrte) im Gefängnis zurück.

Sein Begräbnis wurde zur letzten slowenischen Manifestation während des Dritten Reiches. Die Bevölkerung spürte und wusste, dass die Nationalsozialisten mit Poljanec eine der bedeutendsten Säulen der slowenischen Volksgruppe in Kärnten zu Fall gebracht haben und damit auch eine unmissverständliche

Drohbotschaft vermittelten, dass jedem das gleiche Schicksal blüht, der sich gegen die neuen Machthaber auflehnen würde. Während des Begräbnisses standen an der Friedhofsmauer SA-ler in braunen Uniformen und beobachteten den Abschied der SlowenInnen von einem ihrer bedeutendsten Vertreter.

Der Tod von Pfarrer Vinko Poljanec, er zählt zu den christlichen Märtyrern des 20. Jahrhunderts in der Diözese Klagenfurt-Gurk/krška škofija (von zehn Märtyrern gehören sechs der slowenischen Volksgruppe an), war nur der Beginn des Kreuzweges einer Volksgruppe, die von den Nazis und ihren deutschsprachigen

Kärntner Kollaborateuren und Vertretern im Sinne der Abwehrkämpferideologie von Arthur Lemisch und des Hitlerschen Auftrages „Macht mir das Land deutsch“, zum Tode, zum Verschwinden verurteilt wurde.

Fern aller offiziellen kirchlichen und politischen Vertreter des Landes gedachten die SlowenInnen auch heuer des Todestages von Vinko Poljanec und seines Wirkens sowie seines Opfers.

Franc Wakounig ist Mitbegründer und Obmannstellvertreter von Memorial Kärnten-Koroška und Initiator verschiedener Gedenkveranstaltungen.



Familie Scharfberg. © Gabriel Shenhar

Wer Kriegs- und Fluchterfahrungen hinter sich hat, sein Leben neu organisieren und eine neue Sprache lernen muss, braucht eine vertrauensvolle Atmosphäre und die Möglichkeit, seine Lebenswelt einzubringen. Schon zum zweiten Mal hat der Verein Peregrina im Rahmen eines vom Europäischen Flüchtlingsfonds und dem Bundesministerium für Inneres geförderten Projekts einen Deutschkurs durchgeführt, der für die speziellen Bedürfnisse von Flüchtlingsfrauen konzipiert wurde.



Ich habe in einem Antikgeschäft im Prater schöne rote Schuhe gesehen. Sie haben mich an einen alten persischen Film erinnert: „Mirza Norooz“. © Peregrina

Kathrin Brock
ist Germanistin und interkulturelle
Konfliktmanagerin. Sie arbeitet als
Trainerin für Deutsch als Fremdsprache
beim Verein Peregrina.

Andrea Kaiser-Horvath
ist Klinische und Gesundheitspsycholo-
gin beim Verein Peregrina.
<http://bildungsprojekte.peregrina.at>

„... SO WAR ES EIN SEHR LUSTIGER KURS“

Ein Sprachprojekt mit psychologischer Betreuung

Kathrin Brock und Andrea Kaiser-Horvath

Themen, die Eigenes berühren, erleichtern das Erlernen einer neuen Sprache, indem sie diese emotional besser zugänglich machen. Ausgehend von dieser Überlegung haben Peregrina-Mitarbeiterinnen in einem interdisziplinären Team ein Unterrichtskonzept entwickelt, das auf die psychische Verfassung der Kursteilnehmerinnen eingeht und den Schwerpunkt auf biografische Themen legt.

Das vordergründige Ziel des Projekts „Ich will erzählen...“ ist die Verbesserung der Deutschkenntnisse entsprechend den individuellen Bedürfnissen. Darüber hinaus sollen die Teilnehmerinnen in ihrem Selbstvertrauen gestärkt und psychisch stabilisiert werden. Sie können so Ängste und Hemmungen beim Sprachenlernen leichter abbauen und mehr Sicherheit in der Alltagskommunikation bekommen. Dies erweitert wiederum ihren Handlungsspielraum. Eine Auseinandersetzung mit den bisherigen Lebenserfahrungen auch in der neuen Sprache soll helfen, die Verbindung zwischen dem Vergangenen und dem Gegenwärtigen herzustellen.

Über das Erzählen ...

Das Projekt „Ich will erzählen...“ richtet sich an subsidiär schutzberechtigte und asylberechtigte Frauen und beinhaltet neben dem psychologisch unterstützten Sprachkurs biografische Einzelgespräche mit einer Psychologin. Zusätzlich werden den Teilnehmerinnen psychologische Einzelbetreuung und psychosoziale Beratung sowie Kinderbetreuung angeboten.

Die inhaltlichen Unterrichtsschwerpunkte reichen von der unmittelbaren Lebensrealität der Teilnehmerinnen über ihre Lebenserfahrungen bis zu ihren Perspektiven und Zielsetzungen. Die Themen sind bewusst so ausgewählt, dass sie die Phantasie anregen und positive Erinnerungen wachrufen sollen – etwa ein schönes Fest in der Familie oder Märchen aus der Kindheit. Nach einer kurzen Einführung ins Thema wird in moderierten Kleingruppen Raum zum Nachdenken, Erzählen und aktivem Zuhören gegeben. Die Sprachtrainerin schließt in den folgenden Einheiten

unmittelbar an diese Erzählungen an. Sie bietet zusätzliche Impulse wie Texte und Hörbeispiele an und konzentriert sich dann auf die Verbesserung und Vertiefung der sprachlichen Mittel. Die Rückmeldung einer Kursteilnehmerin zeigt, wie gut dieses Konzept angenommen wurde: „Erinnerungen an die Kindheit sind in mir erweckt worden. Das darüber Erzählen und Lesen hat mir sehr geholfen.“

... in der neuen Sprache ankommen

Die biografischen Einzelgespräche bieten den Teilnehmerinnen die Möglichkeit, im geschützten Rahmen lebensgeschichtliche Erfahrungen (auf Wunsch mit einer Dolmetscherin) zu erzählen. Dieses Angebot soll den Frauen die Chance geben, durch das Erzählen ihrer Lebensgeschichte ihre (Kriegs- und Flucht-)Vergangenheit in ein stabileres Selbstbild zu integrieren. „Das Erzählen hat mir gut getan. Ich glaube, wenn ich das nur für mich aufgeschrieben hätte, hätte ich nie so viel über mich nachgedacht“, resümiert eine Teilnehmerin.

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit des Projektteams ermöglicht es, sowohl auf die sprachlichen Fertigkeiten als auch auf die psychische Situation jeder Kursteilnehmerin individuell einzugehen. Dass Inhalte, die die eigene Person betreffen, beim Sprachenlernen motivieren und somit die Sprache vertrauter machen, bestätigt eine Kursteilnehmerin mit folgenden Worten: „Ich habe vorher auch einen Intensivkurs gemacht, aber hier habe ich mehr gelernt: die Themen waren sehr interessant, es ging dabei um MICH, so konnte ich mir Ausdruck verleihen. Ich konnte darüber besser sprechen als über andere Themen.“

Das angst- und stressfreie Klima, das sich im Gruppenprozess entwickelt hat, ermöglichte einen Schritt aus der sozialen Isolation und unterstützte die Teilnehmerinnen in ihrer Fähigkeit, gegenseitiges Vertrauen und Anteilnahme zu entwickeln. Mit der Zeit entstand so eine ausgesprochen fröhliche und dadurch umso produktivere Lernatmosphäre, die für alle Beteiligten lohnend war: „... so war es ein sehr lustiger Kurs. Wir konnten hier unsere Nerven beruhigen.“

KULINARISCHE ERINNERUNGEN

Vlatka Frketic

Vor ein paar Tagen traf sich Raiman mit Freundinnen zum Abendessen in einem Restaurant, dessen Besitzer aus demselben Land kam wie er. Obwohl das Kochen nicht zu den zentralen Beschäftigungen von Raiman und seinen Freundinnen zählt, so waren an diesem Abend doch alle Expertinnen in Sachen Küche.

„Wenn ich koche, dann geht es nicht, dass sich jemand einmischt und Sachen reingeben will, die nicht dazugehören. In meinem Land wird das so gekocht und nicht anders.“

„Wie bitte? Was heißt so *und nicht anders*?“

„Also ich verstehe das. Ich drehe auch durch, wenn jemand Fisch in Sonnenblumenöl macht.“

„Oder wenn gegrillt wird und gerade mal das F vom Fleisch da ist. Alles Gemüse auf dem Grill. Unmöglich.“

„Ihr lebt im Kochen eure nationalen Essenzialismen aus.“

„Das sind keine Essenzialismen. Das ist einfach so. Ein Gulasch mit Tofu ist kein Gulasch mehr.“

„Aha. Und wer sagt das?“

Bevor jemand antworten konnte, wurde das Essen serviert. Es duftete köstlich. Der Fisch brutzelte noch.

„Ich kann nichts essen, was mich von meinem Teller aus ansieht“, meinte Raimans Freund und war froh über die Hühnerflügel auf seinem Teller.

„Mhmh, das ist ein echter Landesfisch aus dem Süden“, murmelte Raimans Freundin mit vollem Mund. Das Öl tropfte an ihrem Kinn hinunter auf den hellblauen Hemdkragen.

„Ja, bestimmt wurde da die Seele der ganzen Nation gleich mit gebraten“, meinte Raiman resigniert.

Am Tisch breitete sich ein betretenes Schweigen aus. Raiman schaute auf das Fischernetz, das über der ganzen Decke des Restaurants gespannt war. In regelmäßigen Abständen hingen verblichene staubige Muscheln aus dem Netz. Ob die BesucherInnen wegbleiben würden, wenn das Netz nicht mehr da wäre? Raimans Hals wurde trocken. Also ob sich der Staub von den Muscheln in seinem Hals abgesetzt hätte. „Ich brauche jetzt Wasser. Sofort!“

„Habe ich euch schon mal erzählt, wie ich auf einer Hochzeit in Oberösterreich versuchte Wasser zu bestellen? Das war nicht so einfach. Also, ich bestellte



Illustration: Petja Dimitrova

Leitungswasser, bekam aber eine Flasche Mineralwasser. Dann bestellte ich noch einmal Leitungswasser und was kam? Ein Krug voll mit prickelndem Mineralwasser. Meine Tischnachbarn erbarmten sich und bestellten „A Wossa. A ganz normales Wossa!“ Und das Leitungswasser kam. So einfach kann es gehen.“

Nach dem nationalen Seelenbraten heiterte diese Geschichte alle auf. Der Abend schien gerettet zu sein.

„Kennst du Alek Popov? Der hat mal geschrieben, dass du Migrant alles vorsetzen kannst, wenn der Name des Essens nur aus ihrem Land ist. Weil sie nämlich den Geschmack der Speisen gar nicht mehr kennen, sondern sich nur noch an die Verpackung erinnern.“

An dieser Stelle klinkte sich Raiman aus dem Gespräch aus. Welche Verpackungen wurden ihm in den Restaurants und auf den Märkten verkauft? Wie schmeckten noch mal die Strudelteigtaschen seiner Großmutter? Er wusste nur noch, dass er immer aus den Teigrändern seine eigenen Kreationen backen durfte. Die aß zwar nie jemand, aber es gehörte einfach dazu. Raiman seufzte.

Nein, der Geruch seines Herkunflandes hatte nichts mit Fisch oder Strudelteigtaschen zu tun. Es war ein Geruch, den Raiman jahrelang abgewaschen und ausgebleicht hatte. Kein Keks dieser Welt würde ihn je zurückholen.

Er erinnerte sich an eine Diskussion über Schweinsohren, Kürbisse, Blutwürste,

Sojabohnen und viele andere Dinge, die erfolgreich über die Grenze geschmuggelt worden sind. Was war so wichtig an diesen Sachen, dass viele dieses Grenzzisiko auf sich nahmen?

„Bei meiner letzten Reise nach England war ich in einem richtigen englischen Restaurant“, sagte Raimans Freund. „Ich habe versucht, die Sachen nachzukochen. Hat aber nicht so gut geklappt.“

Als Raiman das letzte Mal verreist war empfahl ihm ein Bekannter mehrere landesübliche Restaurants. Raiman war in zwei von ihnen. Das Essen war gut, aber die Restaurants waren halbleer. Bei einem Spaziergang durch die Stadt ging er an einem Restaurant mit großer Glasfront vorbei. Auf dieser prangte ein knallroter englischer Name. Drinnen war alles überfüllt. Aus den Boxen, die an der Decke angebracht waren, dröhnte englische Popmusik aus den 1990ern. Raiman setzte sich an den Rand eines schon besetzten Tisches. Nachdem er auf Englisch bestellte, sahen ihn die Tischnachbarn an. „This is a typical national restaurant! Everyone in the city eats here.“

Raiman nickte. „Ich werde mich wohl in Wien nach einem englischen Restaurant umsehen müssen“, setzte der Freund fort.

„Und wenn ich in einem türkischen Restaurant bin, dann bestelle ich mir nach dem Essen einen Apfeltee.“

„Warum denn?“

„Weil das so dazu gehört!“

„Ah, was du nicht sagst.“

Mit 1. Juli 2008 reformierte Österreich sein Asylwesen und richtete den ausschließlich für Asylrechtssachen zuständigen Asylgerichtshof ein. An oberster Stelle aller Reformbemühungen standen die Beschleunigung des Verfahrens und der Abbau des enormen Rückstaus an offenen Fällen. Darüber, dass hier dringender Handlungsbedarf bestand, waren sich alle Involvierten unisono einig, über das konkrete Ergebnis herrscht allerdings mehr als nur geteilte Meinung: denn was der damalige Innenminister Platter als „deutliche Verbesserung“ und Klubobmann Cap als „menschlich“ und „fair“ nannten¹, bezeichnete der Verfassungsjurist Heinz Mayer als „Fußtritte für den Rechtsstaat“.²

Franziska Klausner und Gerd Valchars sind RedakteurInnen bei Radio Stimme – Die Sendung der Initiative Minderheiten.

KURZER PROZESS IM ASYLBEREICH

Gerd Valchars und Franziska Klausner

Bis zu zehn Jahre können derzeit vergehen, ehe AsylwerberInnen endlich Bescheid über den Ausgang ihres Ansuchens erhalten. ExpertInnen beziffern den Rückstau an offenen Verfahren zwischen 23.000 und 34.000.³ Eine extrem unbefriedigende Situation für alle Beteiligten, wie immer wieder betont wird: Zuallererst natürlich für die AntragstellerInnen, die Rechtsklarheit über ihr Asylansuchen anstreben, genauso aber auch für die RichterInnen und nicht zuletzt, wie vor allem von Seiten der Regierung immer wieder betont wird, auch für die österreichische Bevölkerung. Darüber, worin der Grund für die Überlastung der zuständigen Instanzen und die oft mehrjährige Verfahrensdauer liegt und wo konkret angesetzt werden muss, um das Problem zu beseitigen, differieren jedoch die Ansichten.

NGOs im Flüchtlingsbereich sehen die Ursache vor allem in der mangelhaften und daher oftmals sanierungsbedürftigen Arbeit der unteren Rechtsinstanz, des Bundesasylamtes.⁴ Seit langem wurden daher eine deutliche Personalaufstockung sowie eine Verbesserung der fachlichen Ausbildung gefordert. Die Bundesregierung entschied sich jedoch für einen anderen Weg und ließ Ende 2007 im Parlament die Errichtung eines neuen Asylgerichtshofes (AsylGH) und damit verbunden die Verkürzung des Instanzenzuges im Asylrechtsverfahren beschließen. Die neue Einrichtung, die am 1. Juli 2008 ihre Arbeit aufnahm, ersetzt den bis dato bestehenden Unabhängigen Bundesasylsenat (UBAS) und stellt die zweite und von nun an auch letzte Instanz im Asylwesen dar. Bisherige Anträge auf Asyl wurden zuerst vom Bundesasylamt

bearbeitet, dessen Entscheide beim UBAS angefochten werden konnten. Als dritte Instanz und Kontrolle des UBAS fungierte der Verwaltungsgerichtshof (VwGH). Diese oberste Prüfungsinstanz der öffentlichen Verwaltung fällt im Asylrechtsbereich nun weg. Der Verfassungsgerichtshof (VfGH), der neben dem VwGH auch weiterhin angerufen werden kann, vermag diese Lücke nicht zu füllen. Denn der VfGH ist nur bei einer vermuteten Verletzung der in der Verfassung verankerten Grundrechte zuständig, kann aber nicht die Qualität der Verfahren selbst (beispielsweise die ausreichende Beweiswürdigung) prüfen.

Asylverfahren als Lotteriespiel

Dabei wurde die Rechtsqualität der Entscheidungen der beiden unteren Instanzen im Asylrecht immer wieder kritisiert, was die Änderung besonders prekär macht. Laut parlamentarischer Anfragebeantwortung des Innenministeriums wurden von 1998 bis 2007 genau 2.003 Bescheide des UBAS durch den VwGH aufgehoben und rücküberwiesen.⁵ Fälle, die in Zukunft nicht mehr vor das Höchstgericht gebracht werden können. Dies ist umso problematischer, als sich die Entscheidungsqualität des Asylgerichtshofes im Vergleich zum UBAS nicht wesentlich verändert haben dürfte, wie auch Anny Knapp, Expertin für Asylrecht beim Verein Asylkoordination, bestätigt. Sie hat sich einen Überblick über die Spruchpraxis des Gerichts innerhalb der ersten Monate verschafft und sieht, ähnlich wie beim UBAS zuvor, ein sehr heterogenes Bild von zum Teil sehr gut und nachvollziehbar begründeten Entscheidungen bis hin zu handwerklich sehr schlechten Urteilen. Josef Rohrböck,

selbst Richter am Gerichtshof und Kritiker der Neuregelung, bezeichnet das Verfahren am AsylGH (wie schon bisher beim UBAS) gar als „eine Art Lotteriespiel, bloß jetzt ohne die Möglichkeit der nachfolgenden Kontrolle.“

Massiver Anstieg an Beschwerden

Dem erklärten Ziel dieser „Neugestaltung des Systems zu den beiden Höchstgerichten“, wie Gerhard Hesse, zuständiger Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, die Verkürzung des Instanzenzuges und die Ausschaltung des VwGH im Interview lakonisch bezeichnet, ist man bis jetzt im Übrigen nicht näher gekommen. Sowohl Anny Knapp als auch Josef Rohrböck bestätigen, dass es innerhalb der ersten vier Monate der Tätigkeit des Gerichts zu keinem signifikanten Abbau des eklatanten Rückstaus oder einer Verkürzung der Verfahrensdauer gekommen sei, räumen aber ein, dass es für eine Beurteilung hierfür auch noch recht früh sei. Was sich hingegen sehr wohl schon bewahrheitet hat, ist – wie von KritikerInnen vermutet – ein deutlicher Anstieg an Beschwerden an den VfGH. Der VfGH selbst spricht von einer Verdoppelung der Beschwerden an das Gericht insgesamt

und schiebt eine zusätzliche Session ein um handlungsfähig zu bleiben.⁶

Vielfältige Kritik

Die Ausschaltung des VwGH als unmittelbare Kontrollinstanz in Asylsachen und die Verkürzung des Instanzenzuges zum Zwecke der Beschleunigung der Verfahren auf Kosten des Rechtsschutzes der AntragstellerInnen war wohl der Hauptkritikpunkt an der Neuregelung des Asylwesens, aber nicht der einzige. Die Liste der Kritik ist lange und beginnt damit, dass das Gesetz ohne reguläres Begutachtungsverfahren, wie ansonsten üblich, zustande gekommen ist. Sie erstreckt sich von der Qualifikation der RichterInnen, die nicht notwendigerweise über spezielle Erfahrung im Fremden- und Asylrecht, sondern lediglich über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung in einer juristischen Tätigkeit verfügen müssen, über die konkrete Übernahme der ehemaligen UBAS-RichterInnen in den AsylGH, die nicht en bloc sondern individuell geschah, wodurch die Möglichkeit bestand, missliebige und kritische RichterInnen auszuscheiden und verliert sich schließlich in Details zur Organisation und Struktur des Gerichtshofes selbst.

Mit der Neuregelung des Asylwesens betrete man rechtliches Neuland, so Gerhard Hesse vom Bundeskanzleramt, notfalls seien eben später noch Änderungen vorzunehmen, beschwichtigt er.⁷ Die Frage jedoch, wieso AsylwerberInnen für politische Experimente dieser Art herhalten müssen, bleibt ohne Antwort.

Diese Nachlese basiert auf der „Radio Stimme“- Sendung vom 31. Juli 2008.

Fußnoten:

- ¹ Stenografisches Protokoll, 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXIII. GP, 05. Dezember 2007, S. 78 bzw. 43.
- ² ORF Morgenjournal, 05. Dezember 2007.
- ³ Gerhard Hesse, zuständiger Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, gibt im Juli 2008 im Gespräch mit Radio Stimme den Rückstand mit 34.000 Fällen an, Josef Rohrböck, Richter am AsylGH sieht zum selben Zeitpunkt rund 23.000 offene Verfahren.
- ⁴ Vgl. Amnesty International u.a.: Stellungnahme zum „Asylgerichtshof“, 25. November 2007.
- ⁵ Anfragebeantwortung des Bundesministeriums für Inneres, 3246/AB XXIII. GP, 14. März 2008.
- ⁶ Vgl. „Rolle des VfGH in Asylverfahren rasch überprüfen und Konsequenzen ziehen“, Presseinformation des Verfassungsgerichtshofes, 01. Oktober 2008.
- ⁷ Hesse, Gerhard: Anmerkungen zum Asylgerichtshof aus Sicht des Kabinetts des Bundeskanzlers. In: MigraLex 1/2008, S. 4-5.

Ein Gespräch mit Clemens Jabloner, dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes

Stimme: Wie beurteilen Sie die Einrichtung des Asylgerichtshofes und den damit verbundenen Wegfall des VwGH als Beschwerdeinstanz?

Clemens Jabloner: Ich stehe der Konstruktion bekanntermaßen kritisch gegenüber, das habe ich wiederholt, auch im Zuge des legislativen Verfahrens – jedoch erfolglos – geäußert. Jetzt beschäftigt mich primär die weitere Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit auf einer generellen Ebene, denn hier steht eine Reform im Raum. Wie man im Bereich Asylrecht weiter kommt und welche Entwicklungen es im Dreieck mit VfGH und VwGH geben wird, wird sich erst zeigen. Die Neukonstruktion enthält jedenfalls eine Menge kniffliger Rechtsprobleme, das ist jetzt aber in der Hand der unabhängigen Rechtssprechung.

Das Bundeskanzleramt behauptet, dass es nur sehr wenige Fälle seien, bei denen nach Aufhebungen der vorinstanzlichen negativen Entscheidungen schlussend-

lich doch Asyl zugesprochen wurde und die Kontrolle durch den VwGH daher nicht von entscheidender Bedeutung gewesen sei.

Ich sehe das ganz anders, da dieses Argument am Wesen der Verwaltungsgerichtsbarkeit völlig vorbei geht. Es macht eben einen großen Unterschied in einem Rechtsstaat, ob jemand kein Asyl bekommt nach einem ordnungsgemäßen oder nach einem nicht ordnungsgemäßen Verfahren. Der VwGH war auch nur in Säumnisfällen dazu da, über die Frage des Asyls selbst zu entscheiden. Im Wesentlichen beurteilte er die Qualität des Verfahrens, und darauf kommt es gerade auch im Asylbereich an. Insoweit führt die Verwaltungsgerichtsbarkeit zu einer Verbesserung des rechtsstaatlichen Standards. Wenn sie wegfällt, droht eine Vergrößerung, da eine eminent präventive Wirkung besteht. Es kommt daher grundsätzlich nicht darauf an, wie hoch die Zahl jener Fälle ist, denen schlussendlich Asyl zugesprochen wurde.

Im Übrigen sind 41 Fälle in den letzten drei Jahren jedenfalls nach meinem Weltbild viel, es macht schließlich einen gravierenden Unterschied, ob 41 Menschen zu Tode kommen oder gefoltert werden oder nicht.

Den Grund für die langen Asylverfahren sehen viele NGOs nicht beim VwGH sondern in der mangelhaften Arbeit des Bundesasylamtes. Viel zu oft hätten die Bescheide von den höheren Ebenen aufgehoben und zeitintensiv neu entschieden werden müssen.

Es entspricht allen Erfahrungen in der Verwaltung, dass unten investiert werden muss. Das ist wie in einer Fabrik, die etwas erzeugt, da muss auch bereits das Erstprodukt sehr gut sein. Man kann ja nicht ständig sagen, unsere Produkte sind vielleicht nicht so gut, aber dafür ist unsere Reparaturabteilung ausgezeichnet. Logischerweise muss man also in solchen pyramidenartigen Systemen entsprechend an der Basis investieren.



Radio Stimme
Die Sendung für KopfhörerInnen

das politische magazin
abseits des mainstreams
auf den freien radios in österreich

www.initiative.minderheiten.at

WIEN - KÄRNTEN - INNSBRUCK - BLUDENZ - GRAZ - SALZBURG - LINZ - SALZKAMMERGUT

An Christof Nitsche und Irma Haydarevic,
Fielderstadt bei Esslingen

UNSERE LIEBEN,

die Aufregungen rund um die Absage Eures Hochzeitstermins haben wir gemeinschaftlich und damit, Gott sei Dank, recht gut bewältigt; Ihr wart sehr tapfer!

Nach unserer Rückkehr aus der Türkei hieß es, auf nach Graz, um den Wunsch der Theologischen Fakultät zu erfüllen, einen Beitrag zum Thema „Dialog: Islam-Christentum“ zu leisten, eine große Herausforderung, die ja auch ein wenig Euer Leben und das von Veronika und Edin prägt. Ich bat Hannes Weinberger, mitzumachen. Ein formal stiller 13m langer, ca. 3m breiter Gang in die Bibliothek bot sich an, Bilder, Objekte, Installationen zu präsentieren. Es geht darum Gemeinsamkeiten – wider Unwissenheit, Xenophobie und Vorurteile – herauszuarbeiten. Dafür konnte ich meine reiche Sammlung an türkisch-arabischen Fliesen, Kalligrafien, Anrufungen Allahs, Koranhandschriften ... mit einsetzen.

Im Koran werde ich oft voll Staunen fündig: Respektvoll sind Jesus und Maria erwähnt. Zu Weihnachten werde ich Euch von der Geburt Jesu aus der Bibel und dem Koran vorlesen.

Mein Beitrag beginnt mit dem „Bindenschild“, rotweißrot, blutiges Relikt der Kreuzzüge, kontradiktorisch. Die im Balkankrieg zerstörte Brücke von Mostar zwischen dem muslimischen und christlichen Teil flickte ich auf meiner Zeichnung mit einem Leukoplast-Pflaster. Seit ein paar Jahren schwingt sie sich wieder versöhnlich vom muslimischen zum christlichen Teil – vice versa!

Bei den nächsten Schritten in die Bibliothek geht es um das Bild Gottes. Das 1. Gebot (2. Moses 20, 1 – 17) lautet: „Ich bin dein Herr und Gott. Du sollst keine anderen Götter neben mir haben. Du sollst Dir kein

Bildnis machen ...!“ Dem entspricht der Islam mit seinem Bilderverbot, während Michelangelos älterer Herr mit Bart und ausgestreckter Hand in der Sixtina gegen das Gebot verstößt. Es gibt islamische Kalligrafien, auf denen in wunderbarem arabischen Lineament GOTT oder GOTT IST GROSS geschrieben ist. Die Bildlosigkeit des Islam ist stimmig: Gott als abstraktes Schriftbild, noch dazu hermetisch, d.h. in der für viele nicht lesbaren Verschlüsselung des Arabischen voll Schönheit, Ehrfurcht.

1979 hatte ich für unsere Kapelle in Graf 3x Gott in Art eines gotischen Maßwerks als kreisförmige Glasmalerei entworfen und Rilkes „Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen ...“ mit Kreisen, Spiralen, Farben als schmales Hochformat gestaltet, „Ich kreise um Gott, um den uralten Turm, und ich kreise jahrtausendlang ...“

Ich suchte nach Gestaltungsmöglichkeiten für den (das) Undarstellbare(n), der im Brennenden Dornbusch sagte: „Ich bin das Sein!“ Gott aussprechen ist Beten, wie bei den 99 Namen Allahs der Gebetskette, und kommt Ihm näher als Schrift.

Manchmal denk ich mir, der Mensch ist ein schlechter Gottesbeweis, jedoch entdeckt man den unendlichen Reichtum der Natur, der Schöpfung, wenn man es so deuten will, könnte man voll Staunen auf die Knie fallen. Das Geheimnis Gott wollte ich bildnerisch lösen: In Kreisform mit Spiegeln ... wahrlich lächerlich! Das darüber Nachdenken aber war ein kostbares Erlebnis, wenn auch ohne echtes Ergebnis: Die Vergeblichkeit des Experiments, das Scheitern ist der deutlichste, treffendste Ausdruck der Unenträtselbarkeit, der Größe, Unendlichkeit und Unfassbarkeit – Gottesbeweis.

An ein Bildnis Mohammeds wagte ich mich – in bewusstem Gegensatz zu den herabwürdigenden Mohammed-Karikaturen: Kopie einer Miniatur einer persischen Handschrift aus dem 15. Jahrhundert, der Prophet mit traditionell weißem Tuch vor dem Gesicht. Eine Frau Winter, ausgewiesene Mohammed-Expertin, war „leider“ nicht gekommen, dafür ist sie jetzt im Nationalrat. Dann ein Beitrag zur Kopftuchdebatte: Marienbilder, natürlich mit Kopftuch, davor hübsche Tücher aufgehängt, daneben katholische Rosenkränze und islamische Gebetschnüre – kaum zu unterscheiden. Ein imaginäres Gebet in Kreisform rundet meinen Beitrag ab; ich betete tatsächlich öfters beim Zeichnen – für Euch.

Hannes Weinbergers Werk, eine große Installation mit Kabeln, Drähten, „Moses trank aus mehreren Quellen“, drückt die vielfache Verknüpfung aus, die Verästelung der Kulturen. Sein Triptychon „Aufwärts“ zeigt die Erschwernisse durch Religion, aber auch die Möglichkeit interreligiöser Begegnung – darum geht es hier ja.

Zur Vernissage erklang die Musik-Collage „Muezzingebot und Glockenklang“, von Christine Köck und mir gebastelt.

Liebe Grüße, alles Gute! Wir freuen uns schon auf den endgültigen Hochzeitstermin.

Papa Kurdoğlu

P.S.: Ich bin so glücklich, dass Obama zum Präsidenten der USA gewählt ist, ein hoffnungsvolles Signal gegen Rassismus und Krieg. Dann kann ich mich ja wieder von der Watchlist streichen lassen!



Foto: Stock-Exchange

MIGRATION AUS SICHT DER AUSWANDERUNGSLÄNDER

Neue Erkenntnisse durch plurale Perspektiven

Das erste transnationale Treffen des von der Initiative Minderheiten gemeinsam mit Partnerorganisationen initiierten Ausstellungsprojekts „Neue Perspektiven. Migration im zentral- und südosteuropäischen Raum“ fand von 9. bis 11. Oktober 2008 in Istanbul statt.

Nach dem überaus erfolgreichen Ausstellungsprojekt *Gastarbeiter* im Jahre 2004 im *Wien Museum*, die versuchte, die 40jährige Geschichte der Arbeitsmigration nach Österreich nachzuzeichnen, arbeitet die *Initiative Minderheiten* an einem weiteren Projekt, das einen Perspektivenwechsel zum Thema Arbeitsmigration einleiten soll.

Migrationsgeschichte wird in Europa meist aus der Perspektive der Einwanderungsgesellschaften erzählt, seltener jedoch aus Perspektiven der Auswanderungsländer. Damit verbunden ist auch eine einseitige Wissensproduktion über Hintergründe, Dynamiken und Folgewirkungen von Migration. Dabei beziehen sich die Perspektiven nicht nur auf die eine des Auswanderungs- oder auf die andere des Einwanderungslandes, sondern verschränken sich innerhalb jedes Landes mit jenen von Regionen, Institutionen und Individuen.

Neue Perspektiven. Migration im zentral- und südosteuropäischen Raum (Arbeitstitel) beschäftigt sich mit bestehenden Migrationsbewegungen und -politiken in der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und Österreich und deren Kontextualisierung in einem globalen geopolitischen Zusammenhang seit den späten 1980er Jahren. Diese drei Länder sind in Fragen der Migration durch die europäische Anwerbe- politik der 1960er Jahre verbunden, haben aber seit Ende des Kalten Krieges neue Migrationsbewegungen erfahren und sind teilweise selber zu Einwanderungsländern geworden.

Zur Einbeziehung von pluralen Perspektiven ins Projekt wurden in Zagreb, Belgrad, Istanbul und Wien Teams aus Wissenschaft, Kunst und Aktivismus gegründet. Ein erstes Kennenlernen fand nun Anfang Oktober in Istanbul statt, bei dem Sabine Strasser von der Middle East Technical University in Ankara und Pinar Uyan vom Center for Migration der Istanbul Bilgi Universität Impulsreferate hielten.

Sabine Strasser stellte den theoretischen Ansatz des „Transnationalismus“ innerhalb der Migrationsforschung vor, der Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre entwickelt wurde. Sie ging in ihrem Referat auf zwei dominante Konzepte innerhalb der Transnationalismusforschung ein: Dem „Transnationalismus von oben“, der makroökonomische Prozesse der Globalisierung

thematisiert und dem „Transnationalismus von unten“, der sich auf die Forschung über den Alltag und über Grassroots-Aktivitäten bezieht.

Pinar Uyan zeigte in ihrem Vortrag die Entwicklung von Migrationsbewegungen in den vergangenen 50 Jahren in der Türkei auf. Sie präsentierte einen Überblick über relevante Formen der Migration wie die teilweise erzwungene Binnenmigration in die Großstädte, transnationale und Transitmigration, informelle Migration aus den ehemaligen Sowjetrepubliken sowie Rückmigration aus der EU in die Türkei.

Der Anspruch von *Neue Perspektiven* ist es, Zugänglichkeit zu regional unterschiedlich verbreitetem Wissen über Migration herzustellen und in der Zusammenschau pluraler Perspektiven auch neue Erkenntnisse zu produzieren. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Rolle von supranationalen Gemeinschaften und Organisationen wie die der Europäischen Union in der Regulierung von Migration gelegt.

Vermittelt werden die in den jeweiligen Städten der Ausstellung produzierten Inhalte einerseits durch eine dokumentarische Wanderausstellung und eine Ausstellung mit künstlerischen Arbeiten; andererseits durch ein interdisziplinär besetztes Symposium in Zagreb. Das Projekt, das durch die *Erste Stiftung* teilfinanziert wird, wird durch Präsentationen künstlerischer, filmischer und aktivistischer Positionen ergänzt. Das Ausstellungsmaterial sowie diese temporären Veranstaltungen sollen in einer umfassenden, mehrbändigen Publikation dokumentiert und für die weitere Forschungstätigkeit dauerhaft zugänglich gemacht werden.

red

Projektformate und Zeitplan

Jänner 2008: Wien

Start der Vortragsreihe *Migrationsbewegungen im zentral- und südosteuropäischen Raum* in Kooperation mit dem Institut für Wissenschaft und Kunst (22. Jänner 2008: Ahmet İçduygu – Migration Research Center, Koç University Istanbul)

Frühjahr 2009: Zagreb

Internationales Symposium mit Vorträgen, Workshops und Filmvorführungen; Die Ergebnisse des Symposiums fließen in die Ausstellungen ein (8. bis 10. Mai 2009)

Herbst 2009: Belgrad

Teile der dokumentarischen Ausstellung und der Kunstaussstellung werden in der *Kontekst Galerija* in Belgrad gezeigt

Frühjahr 2010: Wien

Eröffnung der dokumentarischen Ausstellung und der Kunstaussstellung

Herbst 2010: Istanbul

Eröffnung der dokumentarischen Ausstellung

EINBLICK IN FREUD UND LEID

Neues kurdisches Kino zwischen Kunst und Politik

Yasemin İnan

„Serçawan“, wie man auf Kurdisch gute Freunde willkommen heißt, nennt sich die Kurdische Filmwoche, die unter der Schirmherrschaft von Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny vom 9. bis 16. Oktober in Wien stattgefunden hat. Organisiert von Feykom, dem Verband der Kurdischen Vereine in Österreich, wird die Filmwoche seit 1999 alle zwei Jahre realisiert.



Dol. Tal der Trommeln von Hiner Saleem

Bei Serçawan 5 waren eine Reihe von Spiel- und Dokumentarfilmen vorwiegend aus dem Süden Kurdistans zu sehen, die einen Einblick „in die Freuden und in das Leiden“ des kurdischen Volkes gewähren, so der Obmann von Feykom, Hüseyin Akmaz.

Der Eröffnungsfilm *Close up Kurdistan* von Yüksel Yavuz war eine informative und vor allem sehr abwechslungsreiche Dokumentation über die Geschichte der KurdInnen. Anhand von Gesprächen mit Verwandten, Bekannten und anderen Persönlichkeiten, deren Lebenswege mit der Geschichte Kurdistans verknüpft sind, gibt Yavuz einen sehr guten Überblick über die letzten 30 Jahre des kurdischen Volkes.

„Ne mutlu türküm diyene“, auf Deutsch: „Nur der, der sich Türke nennt, kann glücklich sein“ – dieser Satz steht überdimensional geschrieben an der Bergwand der kahlen Landschaft einer autonomen kurdischen Region im Nordirak neben der türkischen Militärstation. Von den Dorfbewohnern wird er zwar zart, aber sehr gekonnt ignoriert. Der Film *Dol. Tal der Trommeln* von Hiner

Saleem ist voller Symbolik, ironisch und absurd. Er erzählt die Geschichte von Azad, der am Tag seiner Hochzeit aus seinem Dorf fliehen muss und auf der Flucht weitere kurdische Schicksale kennen lernt. Ein trauriger Film, der dennoch immer wieder zu einem leisen Lächeln verführt.

Ein Höhepunkt der kurdischen Filmwoche war *Und macht euch die Erde untertan ...* von Christoph Winder. Der Film entstand im Rahmen der Kampagne „Stop Ilisu-Rettet Hasankeyf“. Ilisu ist ein kleines Dorf am Tigris im Südosten der Türkei und gleichzeitig auch Namensgeber für den hier geplanten Staudamm. Etwa 200 Dörfer müssen dem gigantischen Staudamm, der drei Prozent des Stromverbrauchs der Türkei sichern soll, Platz machen. So auch die antike Stadtfestung Hasankeyf. Ein Projekt, das nach europäischen Maßstäben niemals realisiert werden könnte, wird zum größten Teil von Deutschland, Österreich und der Schweiz finanziert. Ein sehr aktuelles Geschehen, dass es zu verfolgen gilt (www.stopilisu.com).

Mehr über die Kurdische Filmwoche nachzulesen unter: www.sercawan.at

Yasemin İnan
studiert Religionswissenschaft in Wien.

BRIEFE VON LESE/INNEN

Betrifft: „Vom Scheitern. Die grüne Partei und die behinderten Menschen“ von Erwin Riess
STIMME 68/2008

Ich nehme Ihren Protest, was den Verlust unserer Behindertensprecherin betrifft, mit Bedauern zur Kenntnis und möchte klarstellen, auch ich bedauere diese Tatsache zutiefst.

Allerdings möchte ich zur Darstellung im Artikel „Vom Scheitern“ bezüglich des Umgangs mit Theresia Haidlmayr von Seiten der Parteiführung festhalten, dass dies nicht den Tatsachen entspricht. Theresia Haidlmayr hat sich bei mir am 30. Juli Vormittags telefonisch gemeldet und mir gesagt, dass sie beim Bundeskongress nicht mehr kandidieren wird. Ich habe diese Entscheidung mit Bedauern aber Respekt zur Kenntnis genommen. Die Darstellung, Alexander Van der Bellen oder ich hätten ihr nahegelegt, dass auf der Bundesliste kein Platz sei und sie solle auf einer Landesliste kandidieren, ist falsch und auch äußerst unfair. Die Problematik

der Grünen Listenerstellung allerdings ist richtig beschrieben – der Einfluss der Parteiführung auf das Ergebnis eines Bundeskongresses ist enden wollend. Erst nachdem diese Entscheidung von Theresia Haidlmayr bei uns eingelangt ist, hat der Bundesvorstand versucht, Helene Järmer parteiintern als Kandidatin zu unterstützen. Unsere Strukturprobleme, z. B. einen Parlamentsklub durch Listenwahlen auf Landesversammlungen und am Bundeskongress so zu besetzen, dass Menschen mit Behinderungen fix vertreten sind, wollen wir durch eine Organisationsreform lösen. Ich bitte allerdings um Fairness in der Darstellung. Mit Schuldzuweisungen und Polemik können wir weder das Spannungsverhältnis zwischen Basisdemokratie und politischer Steuerung lösen, noch die grundsätzlichen Gerechtigkeitslücken in unserer Gesellschaft schließen.

Eva Glawischnig
Klubobfrau und geschäftsführende
Bundessprecherin der Grünen

Antwort des Autors:

Es ist immer dasselbe. Da verantworten die Mächtigen – sei es aktiv oder durch Geschehenlassen – politisch unliebsame Entwicklungen, und wenn man dann darauf hinweist, wird einem Unfairness vorgeworfen. Es hat also wenig Sinn, die Daten noch einmal zu wiederholen. Tatsache ist, dass Theresia Haidlmayr menschlich übel mitgespielt wurde. Tatsache ist weiters, dass die einzige Partei mit einem betroffenen Behindertensprecher, nunmehr keine betroffene Behindertensprecherin haben. Tatsache ist weiters, dass die einzige Partei mit einem betroffenen Behindertensprecher die FPÖ ist. Es wäre zumindest hilfreich gewesen zu erfahren, wie Frau Dr. Glawischnig gedenkt, in Zukunft mit Fragen der Behindertenpolitik umzugehen. Welcher oder welche Nichtbetroffene(r) wird sich denn unserer Sache annehmen? Wer wird uns vor die Nase gesetzt?

Erwin Riess



PARTIZAN

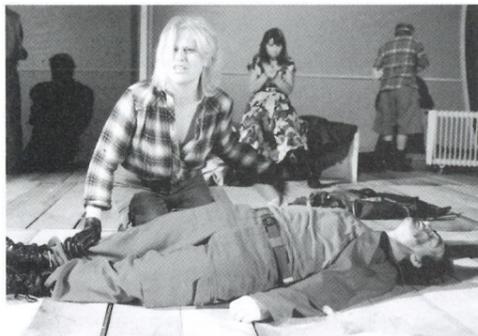
Der Versuch einer anderen Kärntner Geschichtsschreibung – über ein Theaterstück

Cornelia Kogoj

„Das ist ein Unort. Eine Zwischenstation. Wir sind nur auf der Durchreise. Wir sind nie angekommen. Und wir werden nicht ankommen.“

Ein verlassener Bahnhof bildet den Schauplatz des zweisprachigen Stücks *Partizan* von Bernd Liepold-Mosser, das vom Slowenischen Kulturverband SPZ produziert und im Oktober im Klagenfurter *artecielo* und Anfang November in Wien zu sehen war.

Sechs Menschen, die an diesem *Unort* warten und gleichzeitig wissen, dass kein Zug kommen wird, der sie an einen anderen, besseren Ort bringt. An einen Ort, an dem die Erinnerungen nicht so schmerzhaft sind. Doch gibt es kein Entrinnen. Das Erinnern muss durchgestanden werden. Stellvertretend für einen großen Teil der Kärntner Bevölkerung, der sich nie



©Slovenska prosvetna zveza / Slowenischer Kulturverband

wirklich mit diesem Stück Zeitgeschichte auseinandergesetzt hat.

Erinnern im Theater

Das Theaterstück versucht dieses verdrängte Kapitel Geschichte anhand von Samples und Collagen aus Interviews, Zeitungsmeldungen und Dokumenten in die Jetztzeit zu transferieren. Die ProtagonistInnen sind WiderstandskämpferInnen, die sich nicht damit abfinden können, nach dem Zusammenbruch Nazi-Deutschlands keine Anerkennung durch die Neue Republik erfahren zu haben. Im Gegenteil. Denn offiziell geehrt wurden die Abwehrkämpfer. Jene deutschnationale Truppe, die nicht nur nach dem ersten Weltkrieg gegen die Angliederung Kärntens an den neu gegründeten SHS-Staat, dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gekämpft hat, sondern auch für den NS-Staat. Nach den PartisanInnen sind weder Landesfeiertage benannt worden, noch stehen sie in den Kärntner Schulbüchern.

Der Widerstand hat nichts Heldenhaftes, sondern Trauriges und Deprimierendes, was durch die Musik von Tonč Feinig und durch das Bühnenbild von Tanja Prušnik verstärkt wird.

An die Enthauptung von 13 Kärntner SlowenInnen im Wiener Landesgericht im April 1943 muss ebenso erinnert werden wie an die Geschichte eines dreijährigen Kindes, das von seiner Mutter, einer Partisanin, zurückgelassen wurde. Die Mutter – die

Kommandantin – geht zurück zu ihrer Gruppe in die Arriachwand bei St. Jakob im Rosental, wo sie verraten und getötet wird. Der Sohn, nun ein alter Mann, versucht die Beweggründe seiner Mutter zu verstehen und bleibt doch in seiner ungestillten Sehnsucht nach ihr gefangen.

Einer der sehr berührenden Momente des Stückes ist der Besuch in einer Haftanstalt. Die Todeskandidatin spricht mit ihrer Verwandten weder über politische noch über persönliche Themen, sondern über sehr Alltägliches: das Wetter.

Szenenwechsel

Warten auf den Zug von Klagenfurt/Celovec nach Kühnsdorf/Sinčna vas an einem jener Oktobertage, an denen das ganze Land in kollektiver Trauer versinkt und zu einer Bühne voller Fahnen und Kerzen wird. Dieses Mal kommt der Zug pünktlich. Alle, so scheint es, setzen sich hier an diesem Bahnhof ebenfalls mit Erinnerungen auseinander. Mit mystifizierten Erinnerungen an den eben verstorbenen Landeshauptmann. Kein Erinnern, in dem es um eine kritische Auseinandersetzung damit geht, was in den letzten 20 Jahren in diesem Land vor sich gegangen ist. Lediglich ein verklärtes Erinnern. Umso mehr scheint es an diesem sonnigen Oktobertag, dass sich die Realität im Theater abspielt während das Leben draußen zur Bühne wird.

Literatur zum Thema PartisanInnen in Kärnten:

Franc Kukovica: *Als uns die Sprache verboten wurde*. Drava: Klagenfurt/Celovec 2008
 Thomas Busch/Brigitte Windhab (Busch) nach Tonbandaufzeichnungen von Helena Kuchar: *Jelka*. Aus dem Leben einer Kärntner Partisanin. Basel 1984
 Karel Prušnik-Gašper: *Gemsens auf der Lawine*. Der Kärntner Partisanenkampf. Drava: Klagenfurt/Celovec 1981

FEMINISMUS VS. MULTIKULTURALISMUS

Birgit Sauer, Sabine Strasser (Hrsg.): *Zwangsfreiheiten. Multikulturalismus und Feminismus*. Promedia: Wien 2008
 260 S.; € 24,90

Zwangsehe, Ehrenmord, Genitalverstümmelung – quer durch politisch-weltanschauliche Lager herrscht heute Einigkeit darüber, dass gegen diese Praktiken, die das Leben von Migrantinnen einschränken und fundamental bedrohen, energisch vorgegangen werden muss. Dabei gerät multikulturelle Politik zunehmend unter Verdacht, dem Weiterleben solch „traditionsbedingter Gewalt“ Vorschub zu leisten. Doch regen sich auch kritische Stimmen, die aus feministisch-antirassistischer Perspektive hinterfragen, welche Annahmen über „fremde Kulturen und Traditionen“ der Kritik am Multikulturalismus zugrunde liegen und welche Machtverhältnisse durch ebendiese Kritik stabilisiert werden. Der Band *Zwangsfreiheiten* versammelt solche Stimmen und will zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Feminismus und Multikulturalismus beitragen, um Raum für emanzipatorische Strategien jenseits orientalisierender Fremdbilder zu schaffen.

Historische Genese und aktuelle Relevanz solcher Bilder analysiert etwa Johann Heiss in seinem Buchbeitrag. Fremdbilder, wie sie in Diskussionen um weibliche Genitalverstümmelung (FGM) eingelassen sind, werden von Corinna Milborn und Sawitri Saharso diskutiert. Aufbauend auf dieser Kritik plädiert Saharso für dialogische, auf transnationaler Kooperation basierende, „kulturübergreifende feministische Solidarität“.

Sowohl Saharso, als auch Christa Markom und Ines Rössl reklamieren dabei ein offenes und kontextsensitives Verständnis von Zwang und Autonomie ein. Auf so einem Verständnis aufbauend, entwickeln Markom und Rössl ein empirisch fundiertes Modell von „Exit“ (Ausstieg von Migrantinnen aus Zwangsverhältnissen), das die Komplexität dieser Prozesse verdeutlicht.

Dass für eine emanzipatorische Frauenarbeit mit Migrantinnen ein Diskurs, der lediglich auf Tradition und Kultur abhebt,

unzureichend ist, argumentieren Tamar Çitak sowie Gamze Ongan. Denn Einflüsse des rechtlich-institutionellen Kontexts auf die Situation der Frauen, sowie nötige Änderungen dieses Kontexts werden im kulturalistischen Diskurs ausgeblendet.

Zwei Buchbeiträge widmen sich dem muslimischen Kopftuch. Während Zeynep Elibol Orientalismen in öffentlichen Diskussionen kritisiert, analysieren Leila Hady-Abdou und Nora Gresch liberale, multikulturelle und postkoloniale feministische Positionen zum Kopftuch und machen deutlich, dass die postkoloniale Perspektive das umfassendste emanzipatorische Potential birgt. Kritisch merken die Autorinnen an, dass gerade diese Position eine marginale Stellung in feministischen Diskussionen innehat.

Die komplexe Rolle rechtlich-politischer Maßnahmen wird sowohl in Elisabeth Holzleitners differenzierter Besprechung von Gruppenrechten und deren – oft widersprüchlichen – Auswirkungen auf die Situation von Migrantinnen deutlich, als auch in Birgit Sauers Analyse politischer Diskurse zu „traditionsbedingter Gewalt“. Sauer plädiert hier für einen intersektionalen Gewaltbegriff, der etwa Situiertheit in der Mehrheitsgesellschaft mitreflektiert.

Christina Boidi und Faika Anna El-Nagashi sowie Jürgen Nautz befassen sich in ihren Buchbeiträgen mit dem Thema Frauenhandel. Dabei zeigen sich historische Kontinuitäten und Brüche der Realität des Frauenhandels sowie dessen politischer Regulierung, die nicht immer eindeutig dem Opferschutz verschrieben ist.

Zwei Kapitel beschäftigen sich schließlich mit der Frage der *Ehre*. Unni Wikan rekonstruiert in ihrem Beitrag einen sog. Ehrenmord in Schweden. Sabine Strasser nähert sich dem Thema über die Analyse des Ehrbegriffs in aktuellen Debatten sowie in der Anthropologie. Sie kritisiert dabei dessen oftmals orientalisierende Verwendung und plädiert für einen „moderaten“ analytischen Kulturrelativismus.

Anne Phillips schließt das Buch ab. Über eine Kritik der derzeitigen Positionen der feministischen Multikulturalismuskritik gelangt sie zu einem Plädoyer für

politischen, auf Gleichheit ausgerichteten, Aktivismus jenseits vermeintlicher Kultur- und Sprachgrenzen.

Zwangsfreiheiten schafft es insgesamt sehr gut, die Vielschichtigkeit der spannungsgeladenen Diskussion darzustellen und diese um wichtige neue Ideen zu erweitern. Dabei hätte man noch weiter gehen können und etwa dem Thema Männlichkeit und Multikulturalismus, oder den herausfordernden Implikationen einer marxistisch-feministischen Multikulturalismuskritik (z.B. von Himani Bannerji) mehr Beachtung schenken können. Nichts desto trotz liefert das Buch eine Fülle von Anregungen zur Reflexion und Weiterentwicklung eigener Positionen. AkademikerInnen, PraktikerInnen aber auch allen anderen, die sich Gedanken über Fragen der Emanzipation in multikulturellen Gesellschaften machen und ein Unbehagen in derzeitigen Diskussionen empfinden, sei dieses Buch wärmstens empfohlen.

Paul Scheibelhofer

Birgit Sauer / Sabine Strasser
 (Hrsg.)

ZWANGSFREIHEITEN

Multikulturalität und Feminismus



Die STIMME braucht Abonnentinnen und Abonnenten!

Die Zeiten werden kälter für Zeitschriften wie die STIMME von und für Minderheiten. Subventionen werden Jahr für Jahr gekürzt, dafür steigen die Ausgaben. Die STIMME braucht Ihre finanzielle Unterstützung. Ein Jahresabo kostet 20 Euro.

Entweder ein eMail an: abo@initiative.minderheiten.at

oder die Überweisung auf unser Konto:
 Initiative Minderheiten, BAWAG (BLZ: 14000); Kontonummer: 01210600910

Ihr Abo wäre ein wichtiger Beitrag. Danke!

POLITISCHES HANDELN GEGEN DISKRIMINIERUNG

Radostin Kaloianov: *Affirmative Action für MigrantInnen? Am Beispiel Österreich.*
Studienreihe Konfliktforschung, Band 21. Hrgs. von Anton Pelinka, Ilse König, Institut für Konfliktforschung: Wien 2008
288 S.; € 26,90

Die Institutionalisierung gesellschaftlicher Gleichstellung wurde in den letzten Jahren vorwiegend unter den Begriffen CSR (Corporate Social Responsibility) und Diversity Management diskutiert. Indem Radostin Kaloianov generalisierbare Aspekte von Affirmative Action aus der US-amerikanischen Debatte herausfiltert und im österreichischen Kontext auf die Zielgruppe der MigrantInnen anwendet, leistet er einen innovativen Beitrag. Im Rahmen der Studienreihe zur Konfliktforschung widmet er sich im Kern folgenden Fragestellungen: Was sind Affirmative Action-Politiken, wie kommen sie zustande, welche erfolgversprechenden, normativen Begründungen und Praktikabilitätspro-

bleme für Affirmative Action gibt es? Die Studie erhebt nicht den Anspruch, mehr als ein Theoriefragment bzw. eine fragmentarische Bestandsaufnahme zu sein. Als nur fragmentarisch wird auch der Gebrauch jener „geläufigen deontologischen oder utilitaristischen, liberal- oder revolutionstheoretischen *grand theories* der sozialen Gerechtigkeit“ ausgewiesen, die der Studie zugrundeliegen. Affirmative Action wird definiert als politisches Handeln (policy), welches eine Umdeutung jener semantischen Verhältnisse einschließlich ihrer institutionellen Verkörperungen zum Ziel hat, die Diskriminierung hervorrufen oder begünstigen.

Der besondere Wert der Studie liegt in der Sammlung, profunden Analyse und Kategorisierung von Argumenten für Affirmative Action. Die LeserInnen werden mit Details konfrontiert, die PraktikerInnen der Antidiskriminierung gerne überspielen. So z. B. typologisiert Kaloianov verschiedene Nachweisarten für Diskriminierung. Damit regt er zum Nachdenken darüber an, wie das Bestehen von Diskriminierung besser argumentiert werden kann, anstatt davon auszugehen, dass die gesellschaftliche Augenfälligkeit von Diskriminierung auch für andere augenfällig ist.

Demgegenüber werden soziale Auseinandersetzungen und politische Kämpfe, auf denen der Einzug von Affirmative Action-Politiken in das institutionelle Gefüge gründet, nicht in einer Ausführlichkeit thematisiert, wie es in einer Studienreihe zur Konfliktforschung eigentlich zu erwarten wäre. Als Affirmative Action firmieren nur administrative und judikative Praktiken, die für den Autor Top-down policies darstellen. Deren Entstehung kann er in seinem begrifflichen Rahmen nicht nur nicht begründen, sondern er muss Affirmative Action als paradox empfinden, weil diese Politiken jene zu entmachten scheinen, die der Gesellschaft gleichsam von oben Affirmative Action verordnen. Wiewohl der fragmentarische Charakter der Studie angesichts ihrer wahrhaft herkulischen Aufgabenstellung mehr als entschuldigbar ist, bewirkt die Ausblendung der Kämpfe doch

einen Mangel an Anregung für aktivistische und professionelle Praxen. Sowohl der Verzicht auf eine machtheoretische, auf soziale Konflikte und deren Austragung fokussierende Perspektive als auch der Verzicht auf eine handlungstheoretische, bestimmte Interventionen vorschlagende und analysierende Perspektive durchziehen die gesamte Studie und lassen sie für PraktikerInnen aus den Bereichen Antidiskriminierung, CSR und Diversity Management abgehoben erscheinen. Wer nach Antworten auf die Fragen *Was tun?* und *Wie tun?* sucht, muss Übersetzungsarbeit der vom Autor gebotenen Theoriefragmente in die politische Praxis leisten, zumal Beispiele in der Studie nicht induktiv ausgebreitet werden und Affirmative Action zwar als utopisch bezeichnet, aber nicht als konkrete Utopie in den Rahmen des österreichischen politischen Systems etwa durch Skizzierung von zu gründenden Institutionen eingepasst wird.

Gerade wegen der Ausblendung der sozialen Kämpfe und wohl auch wegen der diffusen Bezugnahme auf die gesamte Bandbreite der Gerechtigkeitstheorien bewegt sich die Studie fast ausschließlich im Bereich einer sehr nüchtern anmutenden Analyse von Begründungen für Affirmative Action-Politiken auf Basis des Wertekanons einer vom Autor als liberal-demokratisch bezeichneten Gesellschaft. Sein implizites Credo lautet: Wenn das Vorliegen von Diskriminierungen wissenschaftlich nachgewiesen werden kann, dann sollten Affirmative Action-Politiken eingesetzt werden. Um diesen argumentativen Nachweis bemüht er sich mit einer sehr übersichtlich kategorisierten Zusammenstellung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Diskriminierung von MigrantInnen in Österreich in seinem letzten großen Kapitel. Es bleibt zu hoffen, dass Radostin Kaloianovs innovatives Theoriefragment aufgegriffen und durch komplementäre Arbeiten ergänzt wird, sodass sich ein breiterer Diskurs zu Affirmative Action für MigrantInnen in Österreich entwickeln kann.

Sarah Galehr und Andreas Görg

IM ROLLSTUHL DURCH DIE WELTGESCHICHTE

Erwin Riess: *Herr Groll auf Reisen.*
Storys, Otto Müller Verlag: Salzburg/Wien 2008, 183 S.; € 18,-



Auf den ersten Blick sind es bloß Reise-geschichten: literarisch auf hohem Niveau, voller wohl beschriebener Bilder, lehrreich und unterhaltsam zugleich. Miniaturen, die

entweder Stimmungen von der Begegnung mit besonderen Orten wiedergeben oder weithergeholte Geschichten mit lokalen Eigentümlichkeiten der Reiselstationen verweben. Aber schließlich eben Reise-geschichten ...

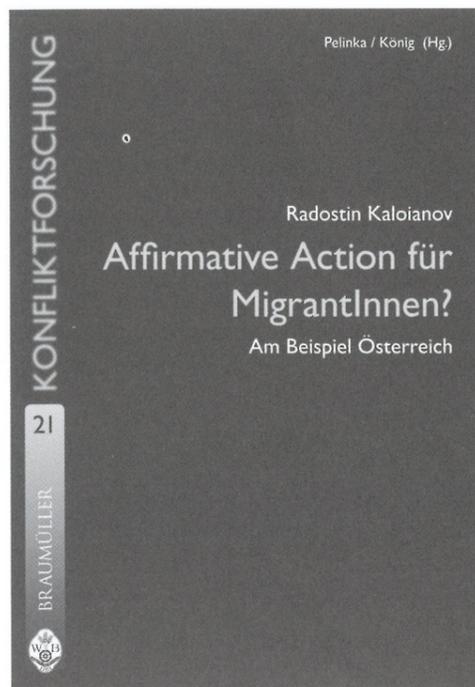
Allerdings nur auf den ersten Blick und wenn der/die Blickende den Reiseleiter nicht aus früheren Texten (einem Erzählband, zwei Romanen, aber auch seit 1993 regelmäßig aus der STIMME) kennt: Er heißt Groll. Er ist nicht nur ein schrulliger Choleriker, der zu eigentümlichen Geschichtsinterpretationen neigt. Groll ist viel mehr. Im Klappentext wird er mit Don Quichotte verglichen; man sollte ihn aber, wenn unbedingt nötig, eher als eine Mischung aus Brechts Herr Keuner und Kraus' Nörgler umschreiben – weise wie der erste und scharfsichtig wie der zweite. Seine verschroben anmutende, zornige Art, Dinge, Menschen und historische Ereignisse zu sehen, ist nicht – wie sonst bei kauzhaften Figuren – die Konsequenz einer Anerkennungssucht oder Attitüde, sondern kompromisslose Gesellschaftskritik.

Groll tourt in „Herr Groll auf Reisen“ durch die halbe Welt, von den USA über

Großbritannien, Irland und Frankreich hin zu Zypern und sämtlichen osteuropäischen Staaten. Begleitet von seinem Rollstuhl Joseph, der auch seine Tücken hat, und gelegentlich von seinem gelehrten Freund Dozent, erlebt und registriert er gesellschaftliche Hürden – in Gestalt von Treppen, fehlenden Behindertentoiletten, anpassungsbereiten Menschen; in Gestalt dessen, was wir „Normalität“ nennen. Er wäre aber nicht grollig, würde er sich hinter der – auch politisch lukrativen – Opferrolle vergraben. Groll verteidigt das selbstbestimmte Leben nicht nur, sondern er lebt es. Sein Blick gleitet aber über die Grenzen hinweg, die ihm gelten; Groll reist im Rollstuhl durch die Weltgeschichte. In den wahren Geschichten, die er über einen Ort erzählt, oder angesichts eines Ortes als wahr wiedererzählt, ist er ein Kritiker des Ganzen. Da das Ganze falsch ist, kann auch sein Verhältnis zu ihm nicht milde, nicht versöhnlich, nicht „richtig“ sein. Darum heißt er auch nicht Lieblich oder Nettig, sondern eben Groll.

Wer in kleinen Reiseerzählungen eine zeitgenössische linke Stimme vernehmen und zugleich eine Menge über unsere heutige und gestrige Welt erfahren will, sollte dieses großartige Buch von Erwin Riess lesen.

Hakan Gürses



Brigitta und Thomas Busch: **Von Menschen, Orten und Sprachen. Multilingual leben in Österreich.**
Fotografien von Felix Rachor. Hrsg. von der Grünen Bildungswerkstatt Minderheiten. Br., 21 x 21 cm, 156 Seiten, mit SW-Fotografien und Farbabbildungen
EUR 18,80 / CHF 32,50 // ISBN 978-3-85435-547-2

www.drava.at



Drava Verlag / Založba Drava
Klagenfurt/Celovec

Die Lebenswelten multilingualer Menschen sind sehr viel komplexer und heterogener, als Begriffe wie *Muttersprache*, *Herkunft* oder *Sprachgemeinschaft* es glauben machen. Das Buch liefert Anhaltspunkte für eine Sprachenpolitik von unten, die darauf zielt, die gesellschaftlich vorhandene Vielsprachigkeit zu fördern und nutzbar zu machen.

BUCHPRÄSENTATIONEN:

- 14. 11. 2008, Haček, Klagenfurt
- 27. 11. 2008, Grüne Akademie, Graz
- 10. 12. 2008, Hauptbücherei, Wien

Grüne Bildungswerkstatt Minderheiten

1070, Lindengasse 40, Telefon 0664 831 7414
minderheiten@gbw.at

IM NOVEMBER 2008

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn einem der Lebensmensch vom Schicksal brutal aus dem Leben gerissen wird. Ich hab auch geheult wie ein Schlosshund, bin aber nicht dabei vom ORF gefilmt worden. Aber ich bin dann auch nach Kärnten gefahren und hab' meine Kerzerln an der Unfallstelle deponiert und den Dortigen gezeigt, dass es auch anständige Ostösterreicher gibt. Dort hab ich mich auch genau erkundigt, ob es wirklich ein simples Verkehrsschild war, das sich dem Chef in den Weg gestellt hat – oder nicht doch eine zweisprachige Ortstafel, die ein Partisan dort heimtückisch deponiert hat. Aber der Chef hat selbst als Toter wieder die Titelseiten aller Zeitungen dominiert und sein Begräbnis ist im ORF stundenlang zelebriert worden wie ein Staatsakt, dabei ist er ja gar nicht wirklich begraben worden, sondern Wochen später verbrrr ... ich traue mich das gar nicht hinzuschreiben.

Bei unseren Stammtischsitzungen hab' ich genau kontrolliert, ob ich nicht im Ansatz bei den Kollegen Spuren von klammheimlicher Freude entdecke, aber die waren alle schmähstade – zumindest am Anfang. Dann hat die blöde Rederei angefangen. Der Brauntresch hat geglaubt, witzig sein zu müssen, und mich gefragt, ob das der Anfang einer großen Tradition gewesen ist. Dass nämlich ab nächstem Jahr im Anschluss an das GTI-Treffen am Wörthersee die Jörg-Haider-Gedächtnis-Rallye veranstaltet werden soll. Zugelassen sind nur Fahrer mit einem VW Phaeton. Sieger dabei ist, wer mit der höchsten Geschwindigkeitsübertretung und größtem Alkoholisierungsgrad tödlich verunglückt. Der Sieger hat dann das Recht, im Bärenal begraben zu werden – mit einem Lenkrad im Sarg. Sehr witzig ist er sich vorgekommen, der Brauntresch!

Dann hat er noch nachgelegt, der Trottel, als ein BZÖ-Führer nach dem anderen aufgetreten ist und „Mein Lebensmensch“ geschluchzt hat. Das alles erinnere ihn an eine schwule Version der TV-Serie „Reich und schön“, hat er gesagt. Da hat sich der Herr Grünlinger an seine Political Correctness erinnert und gemeint, das genau tue überhaupt nichts zur Sache, weil das Wichtige war das, dass der Chef kein Vorbild für junge Autofahrer geliefert



hat. Der Genosse Rotlauf wiederum war angefressen, weil das Begräbnis vom Helmut Zilk vom ORF nicht so prominent behandelt worden ist wie das vom Chef. Außerdem fürchtet er sich vor einer Post aus der Löwelstraße. Er glaubt nämlich, der Faymann will jedes SPÖ-Mitglied zwingen, ein Jahresabo der „Krone“ zu nehmen. Das habe der Faymann dem Dichand versprochen – als Dank dafür, dass die „Krone“ den Gusi abgeschossen hat.

Der Gusi hat nach dem letzten Ministerrat seiner Kanzlerschaft gesagt, jetzt habe er mehr Zeit. Da will er mit dem Molterer Tarock spielen. Hat der Grünlinger gesagt: Hat der Gusi nicht gemerkt, dass die Schwarzen ihm eh dauernd den G'stiss geben? Und hat einen Scherz nachgelegt: Wann verwandelt sich ein Pleitegeier in einen Kranich? Richtige Antwort laut Grünlinger: Wenn die AUA von der deutschen Lufthansa um einen Euro gekauft wird. Gelacht hat dabei niemand. Nicht einmal der Kommerzienrat Schwarzschanderl, der derzeit überhaupt depressiv ist.

Erst hat er geglaubt, er kann aus der Portokassa seiner Firma die Wall Street kaufen, aber dann sind ihm die internationalen Hilfsmaßnahmen für die Banken brutal dazwischengekommen. „Das Schimpfwort Bankert kommt von Bankdirektor!“, hat er noch gerufen. Das hätt' er sich unterm Schüssel nicht getraut! Überhaupt ist bei uns allen die Politik eine Baustelle – bis auf den Brauntresch und seiner F! Der weist bei jeder Gelegenheit darauf hin, dass der Strache als Nestor der Parteiobmänner das stabile Element in der heimischen Innenpolitik ist. Ich weiß zwar nicht, was Nestor heißt, aber vielleicht stimmt das sogar. Denn bei uns ist die Führerfrage offen.

Der Herr Grünlinger weint schon dem Van der Bellen Tränen nach und meint, die Eva Glawischnig sei ja leider Kärntnerin. Ob der Grünlinger Rassist ist, was unsere Südländer betrifft? Und dann die zwei Neffen bei SPÖ und ÖVP, die den Grünlinger an alte „Dick und Doof“-Filme erinnern. Dazu hat er gesagt, dass in Österreich die Politologie durch die Onkologie ersetzt worden ist.

Wobei mir der Neffe Pröll imponiert hat mit seinen zehn „No-na-Fragen“ an den Neffen Faymann. Wie der Moses mit den Zehn Geboten hat er das inszeniert. Ich hab das weiterentwickelt für unsere Stammtisch-Kommunikation. Hier meine zehn Fragen: 1.) San des olles Trotteln? 2.) Gengans Eich aa olle so am Oasch? 3.) Gibt's irgendwo auf da Wöt an Terrorauschlog, wo net zehn österreichische Urlauber davon betroffen san? 4.) Wern unsare Kicker amoi auswärts gegn de Färöer Inseln gwinna? 5.) Derf die Post 1000 Filialen zusperrn, ohne dass geklärt ist, wo die Postler daun untertogs schlofn? 6.) Soll es bei Verletzung religiöser Gefühle ein Auftrittsverbot für Stermann/Grissemann im ORF geben oder soll man sie gleich auf einen Scheiterhaufen setzen? 7.) Soll der Inzucht-Paragraf im Strafrecht foin ois Schutzschüd gegen Ehen mit Ausländern? 8.) Soi Küssen und Schmusen an Hauptschulen erlaubt sei, solaung kaane Lehrer dabei beteuert san? 9.) Kaunn ma bei uns wia da Berlusconi in Italien den Staatshaushoit mit ana Pornosteuer sanieren? 10.) Trink ma no a Runde?

Spätestens da erinnert sich der Genosse Rotlauf an ein altes SPÖ-Plakat und zitiert es lauthals: „Keine dummen Fragen stellen!“ Und der Kamerad Brauntresch spreizt drei Innenfinger zustimmend in die Höhe. Alles wie gehabt.

Information. Rasch. Umfassend.

BUNDESPRESSEDIENST ■ ÖSTERREICH

Wir stellen folgende Informationsangebote und Serviceleistungen zur Verfügung:

www.bundeskanzleramt.at

Der zentrale Internet-Auftritt des Bundeskanzleramtes

Servicetelefon 0800-222 666

Anfragen gebührenfrei
Montag bis Freitag: 9 – 18 Uhr

Europatelefon 0800-22 11 11

Für Anfragen zur Europäischen Union
gebührenfrei, Montag bis Freitag: 9 – 18 Uhr

Bürgerservice

Schriftliche Anfragen an:
Bundeskanzleramt, Bürgerservice
1014 Wien, Ballhausplatz 1
Fax: +43/1/53115-4274
E-Mail: buergerservice@bka.gv.at

Publikationen

Veröffentlichungen zu den Themen Österreich allgemein,
Geschichte, Kultur, Medien etc.

kostenfrei zu bestellen unter:

E-Mail: broschuerenversand@bka.gv.at

Internet: www.bundeskanzleramt.at/publikationen

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck
P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 69
Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt
Zul.-Nr.: GZ 02Z031717 S

Rücksendeadresse:
Initiative Minderheiten
Gumpendorfer Straße 15/13
A-1060 Wien

 Kultur

bm:uk

 WIEN
KULTUR

